

Der Arbeiter und sein Vaterland

Marxistische Bemerkungen
über bürgerliches und proletarisches
Wehrsystem

von

Max Adler - Wien

Das Vaterland des Arbeiters ist erst zu erobern:
die sozialistische Welt!



1 · 9 · 2 · 9

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H.

Berlin W 30

Im gleichen Verlag erschien:

DR. MAX ADLER

Der Marxismus als proletarische Lebenslehre

2. Auflage. Kart. 1, - RM

„... Der bekannte Marxist geht in dieser lesenswerten Schrift den lebendigen Wurzeln der marxistischen Anschauungen im Leben des Proletariats nach ...ein Problem, das bisher noch von keinem Theoretiker systematisch behandelt...“ (Leipziger Tageblatt)

DR. MAX ADLER

Helden der sozialen Revolution

Lenin - Karl Liebknecht - Rosa Luxemburg. Kart. 1,- RM.

„... in gewaltigem Ausmaß erstehen die drei Persönlichkeiten vor uns ... aber dennoch hat mich seine Schilderung dieser großen Sozialisten gepackt, durch den hohen Idealismus und die revolutionäre Kraft, von denen sie getragen ist ...“ (Volksstimme St. Gallen)

DR. MAX ADLER

Kant und der Marxismus

Gesammelte Aufsätze zur Erkenntniskritik und Theorie des Sozialen.

Kart. 4,- RM., Leinen 5,- RM.

„... geeignet, seine Gedankengänge auch einem größeren Publikum zugänglich zu machen, ist für die Sozialisten besonders von Bedeutung ...“ (Der Kampf, Wien)

ERNST REINHARD

Arbeiterinternationale und Abrüstung

Brosch. 0,60 RM.

„... Die Schrift ... darum ein verdienstliches Werk, weil es ... mit dem oberflächlichen Abrüstungsgerede aufräumt ... Klar tritt hervor, dass der wirksamste Kampf gegen den Krieg der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus ist ...“ (Volkswacht, Bern)

Panzerkreuzer und Sozialdemokratie

Brosch. 0,60 RM.

Die Broschüre vertritt den Standpunkt des linken Flügels der SPD., der ohne Rücksicht auf die internationale Lage jegliche Rüstungspolitik bekämpft. Darüber hinaus wird auch das der Wehrfrage übergeordnete Problem des Kampfes um die Staatsgewalt gestreift und der Gegensatz zwischen Reformismus und Radikalismus, die Koalitionspolitik u. a. besprochen.



Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin W 30

Verlangen Sie kostenlos unsere Kataloge

Alle Rechte vorbehalten Copyright 1929 by E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H.
Berlin W 30

Gedruckt bei Herrosé & Ziemsen GmbH, Wittenberg (Bez. Halle)

Redaktionelle Anmerkungen

Die Seitennummerierung in eckigen Klammern bezieht sich immer auf den vorherigen Text im Original.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung wurden beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten hingegen hat der Transkribist beibehalten.

Vorlage der Transkription war eine Fotokopie des Originaltextes.

Impressum:

© raetekommunismus.de

Joachim Keyser

c/o AutorenServices.de

Birkenallee 24

36037 Fulda

Für Korrekturen, Anregungen und Kommentare:

E-Mail: keyserjoachim@gmail.com

oder

info@raetekommunismus.de

© Obgleich die Kommunistische Linke im Allgemeinen keine Urheberrechte bzw. „intellektuelle Eigentumsrechte“ für sich eingefordert hat, können einige Veröffentlichungen auf dieser Webseite urheberrechtlich geschützt sein. In diesem Fall steht ihr Gebrauch nur zum Zweck persönlichen Nachschlags frei. Ungeschütztes Material kann für nicht-kommerzielle Zwecke frei und unentgeltlich verbreitet werden. Wir sind Ihnen erkenntlich für Ihren Quellenhinweis und Benachrichtigung. Bei beabsichtigter kommerzieller Nutzung bitten wir um Kontaktaufnahme.

(nach: <http://aaap.be/Pages/Frontpage.html#de>)

Inhalt

Einleitung	5
Das Prinzip der Nichteinmischung	5
Erstes Kapitel	9
Über Staatsverantwortung	9
1. Die neue Lehre von der Volksgemeinschaft.....	9
2. Kritik des Begriffes vom Staatsganzen.....	11
3. Verbürgerlichung als Grundlage der neuen Politik.....	15
Zweites Kapitel	18
Panzerangriff auf die Internationale	18
1. Die Koalition als Selbstzweck.....	18
2. Die angebliche Pflicht zur Regierungsbildung.....	21
3. Das Dogma von der Führung.....	22
4. Parteidemokratie?.....	25
Drittes Kapitel	27
Prinzipielles zum Wehrproblem	27
1. Gegen den Militarismus.....	27
2. Die Abrüstung.....	28
3. Die Demokratisierung der Wehrmacht.....	31
4. Landesverteidigung und Neutralitätsschutz.....	33
Viertes Kapitel	39
Richtlinien der Richtungslosigkeit	39
1. Wozu braucht man ein Programm?.....	39
2. Antwort an die Kritik von Rechts.....	41
3. Die Ideologie der „Richtlinien“.....	43

Einleitung.

Das Prinzip der Nichteinmischung.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit einer Frage, über welche schon seit Monaten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine äußerst bewegte Diskussion in der Presse und in Versammlungen stattfindet: mit der Stellungnahme der Partei zur Wehrmacht im kapitalistischen Staate und zur sozialistischen Wehrpolitik. Da es den Anschein hat, als ob es sich dabei um eine bloße *innere Angelegenheit der deutschen Sozialdemokratie* handelt, werden vielleicht manche meinen, dass die Kritik, welche im Folgenden an der heute in der deutschen Sozialdemokratie noch herrschenden Politik geübt wird, nicht am Platze sei, weil sie von einem dieser Partei nicht angehörigen Genossen herrührt, der, wenn auch Österreicher, doch als „Ausländer“ zu betrachten ist. Leider steht diese Auffassung noch bei vielen Genossen in hohem Ansehen und wird von ihnen gerne sogar zu einem Prinzip gemacht, nämlich zu dem viel zitierten „Prinzip der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten“. Deswegen wird es nicht bloß zur persönlichen Rechtfertigung des Verfassers, sondern zugleich auch zur sachlichen Orientierung dienen, wenn wir zunächst über dieses „Prinzip“ einige Worte sagen.

Man begegnet der Berufung auf dieses Prinzip bei parteipolitischen Diskussionen gewöhnlich in allen jenen Fällen, in denen eine theoretische Kritik unbequem ist, aber zufällig von einem ausländischen Genossen herrührt. Es ist jedoch klar, *dass die sozialistische Theorie nur eine einzige ist* für das ganze Proletariat und dass damit auch die sozialistische Politik in allen programmatischen Fragen prinzipiell nur dieselbe sein kann. Hier also von einer Einmischung in fremde Angelegenheiten zu sprechen, bekundet keineswegs eine sozialistische Einstellung, die von dem Prinzip der internationalen Einheit des Weltproletariates geleitet sein muss, sondern eher eine bürgerliche Denkweise, die in erster Linie um das eigene Haus, das eigene Volk, den eigenen Staat besorgt ist.

In der Tat ist das Prinzip der „Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten“ ein echt bürgerliches Prinzip, das seinen Ursprung auf ökonomischem Gebiete in der Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus und auf politischem Gebiete in der Idee der Staatssouveränität hat. Nach dem wirtschaftlichen Liberalismus ist jeder freie Staatsbürger der unbedingte Herr seiner Handlungen und braucht sich, soweit er sich im Rahmen der Staatsgesetze hält, keinerlei Einmischung einer Behörde oder dritten Person in seine Angelegenheiten gefallen zu lassen; nach der Theorie der staatlichen Souveränität stellt jeder Staat eine völlig freie und unabhängige oberste

Gewalt dar, zufolge welcher er es nicht zu dulden braucht und auch nicht duldet, dass irgendeine andere Macht sich mit seinen Angelegenheiten beschäftigt. In beiden Fällen bedeutet das Prinzip der Nichteinmischung eigentlich nur die ungestörte Machtausübung einerseits der Staaten, andererseits der Wirtschaftssubjekte zum Zwecke der Verfolgung ihrer Macht- und Erwerbsinteressen, kurz zum Zwecke der Aufrechterhaltung politischer Beherrschung und wirtschaftlicher Ausbeutung. Darum entspricht auch diesem Prinzip auf ökonomischem Gebiete der Wirtschaftsegoismus und im staatlichen Bereiche der Nationalismus.

Aber gerade deshalb ist dieses Prinzip der Nichteinmischung nirgends weniger am Platze, ja verhängnisvoller als für die proletarische Politik, die doch ebenso, wie der ihr zugrunde liegende Sozialismus, eine *internationale* sein muss. Diese Internationalität muss endlich aufhören bloß eine solche der mehr oder minder feierlichen Resolutionen und Manifeste zu sein; sie muss *internationale Aktion* werden. Und daraus folgt, dass es überhaupt keine Taktik und keine Beschlüsse irgendeiner sozialdemokratischen Partei gibt, die für die Bruderparteien gleichgültig wären, ja auf deren Mitbestimmung diese verzichten könnten. Dies gilt nicht nur von Entscheidungen bezüglich der äußeren, sondern auch von solchen der *inneren* Politik. Es ist z. B. gar nicht abzusehen, welchen gewaltigen Schaden für die Erstarkung einer einheitlichen klassenrevolutionären Taktik des Weltproletariates die unglückselige innere Politik der *bedingungslosen* Koalition angerichtet hat, die bis jetzt vom deutschen Parteivorstand vertreten wird. Umso mehr wird ein allgemeines Interesse des ganzen proletarischen Kampfes berührt, wenn es sich um *Programmfragen* handelt, wie dies bei der Diskussion der Wehrfrage der Fall ist. Und es muss sogar direkt bedauert werden, dass die sozialistischen Parteien in den mächtigen Militärstaaten, wie Frankreich und England, sich so wenig um die deutsche Parteidiskussion bekümmern, dass sie bis jetzt noch nicht dazu Stellung genommen haben. Hier offenbart sich überhaupt die Schwäche des heutigen Sozialismus, der – nicht nur in die zweite und dritte Internationale gespalten, sondern innerhalb der ersteren überall durchsetzt von starken reformistischen Strömungen, um nicht zu sagen Mehrheiten – in den wichtigsten Lebensfragen des revolutionären [6] Klassenkampfes zu keiner einheitlichen und entschiedenen Stellungnahme kommen kann.

Und doch hängt davon das Schicksal des Sozialismus ab, dass in allen einzelnen sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder *der internationale Geist den nationalen Standpunkt* und, was noch wichtiger ist, die sogenannte *verantwortliche Staatsgesinnung überwindet*. Diese Forderung erscheint heute manchem wie eine Neuigkeit und ist doch nur die Konsequenz des Wortes „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“, das schon

über achtzig Jahre alt ist. Aber sowohl der Zerfall der proletarischen Internationale am Kriegsbeginn 1914 als auch das Schicksal der russischen und der mitteleuropäischen Revolutionen 1917 und 1918 haben uns grausam belehrt, dass diese Forderung des internationalen Denkens und Handelns größtenteils zu einer gewohnheitsmäßigen und praktisch bedeutungslosen Phrase geworden war. Aber die heutige ökonomische Entwicklung mit ihrer beispiellosen Machtsteigerung des Kapitalismus wird den Proletariern auf den verschiedensten Fronten des politischen und ökonomischen Kampfes immer deutlicher zum Bewusstsein bringen, dass die Zeit gänzlich vorbei ist, in welcher der sozialistische Kampf des Proletariates überall *bloß daheim* geführt zu werden braucht, um in *parallelen* Entwicklungen zum Endsiege zu gelangen. Das tragische Schicksal der russischen Revolution entstand daraus, dass das mitteleuropäische Proletariat, vor allem das deutsche, in seiner Revolution für die ihm erwachsenen geschichtlichen Aufgaben der sozialen Umwälzung noch nicht reif war, so dass die russische Proletarier- und Bauernrevolution isoliert blieb. Und die Schwäche der mitteleuropäischen Revolution war wieder, abgesehen von dieser moralischen und politischen Unreife des Proletariates, besiegelt durch die gänzliche Inaktivität der westeuropäischen Arbeiterklasse gegenüber den Revolutionen in Russland und Mitteleuropa. Ebenso auch noch in der Folgezeit: die bedrängte Lage des österreichischen Proletariates gegenüber dem drohenden Faschismus, der es am 15. Juli 1927 blutig provozierte und am 7. Oktober 1928 eine offene Straßenschlacht riskieren wollte, war zum größten Teil dadurch bedingt (und ist es noch), dass das österreichische Proletariat bei den Proletariern der Nachbarländer, respektive Frankreichs und Englands, auf keine unmittelbare revolutionäre Aktion gegen eine Intervention der imperialistischen Regierungen rechnen konnte, ja nicht einmal auf eine diplomatische Hilfe der von einem sozialdemokratischen Reichskanzler geführten deutschen Regierung, obgleich diese im Oktober 1928 direkt von der österreichischen Regierung brüskiert worden war. Die Beispiele ließen sich noch häufen, welche zeigen, dass der Kampf des [7] Proletariates heute auf einer Stufe angelangt ist, auf welcher er nur mehr in *unmittelbar* internationaler Aktion geführt werden kann (z. B. Ruhraussperrung, die einen anderen Verlauf hätte nehmen können, wenn die französischen und belgischen Eisenwerke von ihren Arbeitern stillgesetzt worden wären, statt die Möglichkeit zu haben, eine glänzende Konjunktur auszunutzen und überdies die internationale Solidarität des Kartells zu bewähren). Es gibt Genossen, die mit einer gewissen sonderbaren Schadenfreude gegenüber den Schwierigkeiten der Sowjetunion die Binsenwahrheit bis zum Überdruß wiederholen, dass der Sozialismus nicht in *einem* Lande allein *verwirklicht* werden kann. Aber dann sollten sie daraus auch die Konsequenz für ihre eigene Erkenntnis und Politik

ziehen, dass der Sozialismus auch nicht in einem Lande allein *erkämpft* werden kann. Es muss daher jede Aktion und jeder Beschluss der Sozialdemokratie aus einem solchen Geiste heraus erfolgen, bei dem das Interesse des Staates, dem die betreffenden Genossen *durch Geburt zufällig* angehören, völlig *zurücktritt* hinter dem Interesse des Weltproletariates, dem sie durch Klassenverbundenheit, theoretische Erkenntnis und revolutionären Willen *bewusst* eingegliedert sind. Und von diesem Standpunkt aus wird daher jeder Genosse, welcher Bruderpartei er immer angehören mag, nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar verpflichtet sein, bei wichtigen Entscheidungen des sozialistischen Klassenkampfes in Deutschland Stellung zu nehmen, so wie andererseits kein deutscher Parteigenosse die Entschlüsse seiner Partei bloß für Deutschland bestimmt und wichtig halten darf.

In diesem Sinne wollen die folgenden Erörterungen ein Beitrag zu den Bemühungen sein, für die Stellungnahme zum Wehrprogramm eine Klärung auf dem Boden unserer theoretischen Grundanschauung, d. h. des Marxismus, zu ermöglichen. Wenn sie vielen Genossen nichts Neues bringen sollten, so wäre das angesichts der Tatsache, dass der Marxismus schon über 80 Jahre alt ist, nur etwas Selbstverständliches. Es kommt aber darauf an, dass die alten Erkenntnisse nicht immer bloß als etwas „schon längst Bekanntes“ hingestellt, sondern endlich einmal auch angewendet werden. [8]

Erstes Kapitel. Über Staatsverantwortung.

1. Die neue Lehre von der Volksgemeinschaft.

In der großen Parteidiskussion über das Wehrproblem, die auch mit dem Parteitag in Magdeburg noch kaum zum Abschluss gelangen wird, sind die Gegensätze des rechten reformistischen und des linken klassenrevolutionären Flügels der Sozialdemokratie unverhüllt hervorgetreten. Diese Gegensätze sind nicht etwa erst durch den Streit um das Wehrproblem entstanden; sie waren ja schon seit langem in der Partei vorhanden und sind nur jetzt infolge der heillosen Koalitionspolitik des Parteivorstandes, besonders aber durch den geradezu unerhörten Beschluss unserer Ministergenossen bezüglich des Panzerkreuzers wieder einmal schroff und krass hervorgetreten. Diese Krassheit hatte jedenfalls das eine gute, dass sie das sozialistische Gewissen weiter Parteikreise wachgerüttelt und das Interesse, ja Bedürfnis nach theoretischer Klärung geradezu leidenschaftlich hervorgerufen hat. In der Tat ist denn auch die Diskussion sehr bald in Fluss gekommen und hat überall große Bewegung und Anteilnahme hervorgerufen. Aber sie ist theoretisch fast ganz von der Linksrichtung getragen worden. Man kann nicht sagen, dass die Rechtsrichtung, abgesehen von einigen Verteidigungsartikeln für die offiziellen „Richtlinien zum Wehrprogramm“, bisher etwas Wesentliches zur wissenschaftlichen Begründung ihres Standpunktes beigebracht hat, obgleich ihr doch bedeutende theoretische Köpfe angehören. Vielleicht ist der Grund dafür darin gelegen, dass die Anhänger dieser Richtung meinen, die theoretische Begründung und Rechtfertigung ihres Standpunktes sei schon längst ausführlich und genügend in dem gegeben, was Rudolf Hilferding seit einigen Jahren über die Notwendigkeit einer „Neuorientierung der sozialdemokratischen Politik“ geschrieben und gesprochen hat. In mehreren Artikeln der Zeitschrift „Der Klassenkampf“ habe ich bereits den Versuch einer eingehenden Auseinandersetzung mit dieser Neuorientierung begonnen¹. Es hat sich gezeigt, dass diese neue Lehre überall mit unkritischen Gemeinschaftsbegriffen arbeitet, welche die Tatsache des Klassengegensatzes völlig ignorieren, und dass sie daher schließlich auch mit der *bewussten Preisgebung* der marxistischen Klassenkampflehre endet. Auf diese Weise muss sie auch zugleich immer mehr den Zusammenhang mit der proletarischen Denk- und Fühlweise verlieren; und noch bevor diese im Sommer 1928 unterbrochene Artikelreihe vollendet werden konnte, haben

¹ Vgl. „Der Klassenkampf“, Berl. Jahrg. 1927 und 1928.

sich die theoretischen und praktischen Vertreter dieser neuen Lehre beeilt, mit dem Panzerkreuzerbeschluss ein drastisches Beispiel für die Richtigkeit dieser Kritik zu geben.

In diesen Artikeln ist eigentlich schon alles Wesentliche zur theoretischen Widerlegung der neuen Lehre vorgebracht worden. Aber die Widerstandskraft des Irrtums und die Bequemlichkeit der Gedankenlosigkeit sind so groß, dass die richtige Erkenntnis eigentlich nicht oft genug wiederholt werden kann. Es wird daher gewiss nicht überflüssig sein, wenn wir zur Klärung der aktuellen Probleme, zu denen besonders das Koalitions- und das Wehrproblem gehören, mit einer kritischen Betrachtung eines Begriffes beginnen, der sich als der tragende Pfeiler aller reformistischen Politik in unseren Reihen und besonders der Militärpolitik erweisen wird.

Der Grundgedanke nämlich und gleichsam die Zentralsonne, um die sich dieses sogenannte neuorientierte politische Denken der Rechtsrichtung in unserer Partei dreht, ist der Begriff *Staatsverantwortung*. Mit diesem Begriffe will man sagen, dass das Proletariat im heutigen Staate zu groß geworden sei, um ihm weiterhin ablehnend und innerlich fremd gegenüberzustehen, wie dies die prinzipielle marxistische Lehre verlangt. Durch die Eroberung der Demokratie sei der Staat etwas anderes geworden als früher. Er ist nach dieser Auffassung nicht mehr der Staat der Besitzenden allein, sondern in dem Maße, als das Proletariat von dieser Demokratie Gebrauch macht, immer mehr auch der Staat der Proletarier geworden. Das habe freilich zur Voraussetzung, dass auch das Proletariat dies einsieht und die Verfolgung seiner Klasseninteressen der *Idee der Volksgemeinschaft*, d. h. aber dem *Staatsganzen*, unterordnet. Und daraus ergibt sich konsequent die Forderung, dass die proletarische Politik ein größeres Verständnis für die „Lebensnotwendigkeiten des Staates“ haben muss (also z. B. Panzerschiffe). Und infolgedessen müsse das Proletariat mehr oder minder bewusst einen Abbau aller jener Gedanken und Gefühle vornehmen, die sich einem solchen Verständnis hinderlich erweisen, weil sie mehr auf die Betonung und Steigerung des revolutionären Klassenkampfes gerichtet sind. An die Stelle dieser „veralteten“ revolutionären Ideologie muss die Bereitschaft zur Verständigung und Mitarbeit mit den bürgerlichen Klassen treten; es muss in jedem einzelnen Arbeiter auf diese Weise der Sinn für die Staatsverantwortlichkeit geweckt werden, welcher die Politik als einen Dienst am Ganzen ansieht. [10] „*Staatsverantwortliche Gesinnung*“ – das wird die neue proletarische Tugend statt des alten proletarischen Klassenbewusstseins. Und aus dieser neuen Tugend folgt auch gleich eine neue staatsmännische Errungenschaft: das Anerkennen von prinzipiellen Grenzen der sozialdemokratischen Politik: Sie sind überall dort, wo die Interessen des „Staatsganzen“, der „Nation“, der „Volksgemeinschaft“ sonst

verletzt werden müssten. Nicht mehr die Befreiung des Proletariates durch *Beseitigung* des Klassenstaates ist das Ziel dieser „neuen“ sozialistischen Politik, sondern die „*Mitarbeit* am Ganzen des Staates“. Aus einer solchen politischen Orientierung heraus ist es dann auch völlig begreiflich, wenn man der Meinung ist, dass auch der Sozialdemokrat den *Staat*, den man in dieser Hinsicht auch gerne das Vaterland nennt, *nicht wehrlos lassen kann*, so dass man von nun an den Militarismus nur so weit noch ernstlich bekämpfen kann, als die Majorität der anderen dies „*gefahrlos*“ zu tun erlaubt.

2. Kritik des Begriffes vom Staatsganzen.

Diese ganze Anschauung ist aber nicht nur eine durchaus falsche, sondern sie ist zugleich auch *höchst widerspruchsvoll*. Denn ihr eigentliches Hauptargument lässt sich folgendermaßen kurz hervorheben und wird auch in der populären Rechtfertigung einer angeblich notwendigen Wandlung der sozialistischen Politik immer wieder so verwendet: Die Arbeiterpartei sei früher klein und schwach gewesen und habe sich daher leicht mit einer prinzipiellen Stellungnahme begnügen können; jetzt aber, da sie groß und stark geworden sei, wäre dies nicht mehr möglich. Es genügt, diesen Hauptgedanken des neuen Revisionismus so krass hervortreten zu lassen, um sofort deutlich zu sehen, wie wenig er noch mit der großen Grundanschauung des marxistischen Sozialismus zusammenhängt. Denn das Wesen des Marxismus besteht gerade darin, seine prinzipiellen Erkenntnisse nicht als bloße Buchwahrheiten oder Feiertagsformeln aufzustellen, sondern als ebenso viele *Leitsätze der praktischen politischen Arbeit*. Was soll man aber zu einer Art des Sozialismus sagen wie die der Rechtsrichtung, welche die Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes so lange hochhalten und als wissenschaftliche Konsequenzen des Marxismus ausgeben will, solange man noch gar keine Macht und Aussicht hat, sie zu verwirklichen, sie aber sofort für überlebt und unpraktisch erklärt, sobald das Proletariat zu „Macht und Einfluss“ gelangt. Allein dieser für einen Marxisten jämmerliche Widerspruch soll hier nur aufgezeigt werden, um ein Warnungssignal aufzustellen, bis zu welcher Preisgebung sozialistischer Logik die „Theorie“ dieser [11] realpolitischen Umlerner uns führt. Im Übrigen wird dieser Widerspruch umso rascher sein verdientes Ende finden, je rascher das Proletariat wieder klassenrevolutionär denkt und fühlt.

Aber diese ganze Denkweise des Neurevisionismus ist, auch abgesehen von diesem Selbstwiderspruch, falsch und gibt alle bereits errungene gesellschaftswissenschaftliche Grunderkenntnis des Marxismus preis. Dies zeigt sich besonders klar, wenn wir jetzt ihren Grundbegriff etwas näher betrachten, den vorhin erläuterten Begriff von der *Staatsverantwortung*. Was

bedeutet dieser Begriff konsequent zu Ende gedacht? Dass der Staat etwas ist, für das sich jeder ohne Unterschied des Standes und der Klasse in gleicher Weise verantwortlich fühlen muss. Der Begriff der Staatsverantwortung enthält also vor allem eine *Forderung* an unsere Gesinnung, d. h. eine *moralische* Forderung: jeder einzelne im Staate soll sich mit der Verantwortung für ihn belastet fühlen, und dies deshalb, weil der Staat ein *Ganzes* ist, von dem jeder einzelne ein *Glied* darstellt. Die Forderung der Staatsverantwortlichkeit setzt auf diese Weise stillschweigend die Tatsache einer *allgemeinen Solidarität der Interessen* und einer *sittlichen Gemeinschaft* voraus. Es hätte ja auch gar keinen Sinn, von dem Verhältnis der Gliedhaftigkeit zum Ganzen zu sprechen, wenn man dabei nicht an ein solches Verhältnis denkt, bei dem *jeder* durch das Ganze den *gleichen* Schutz und die gleiche Förderung erfährt, sich also als solidarischen Teil einer großen Zweckgemeinschaft empfindet. Nur daraus ergibt sich dann für den einzelnen, der diese Zweckgemeinschaft erkennt oder doch erkennen soll, das Bewusstsein und die Verpflichtung seiner Verantwortlichkeit für das Ganze. So fühlt sich der Vater gegenüber seinen Kindern, der Lehrer gegenüber seinen Schülern, der Arbeitende gegenüber seiner Werksgemeinschaft, das Vereinsmitglied gegenüber seinem Vereine verantwortlich, weil überall die engste Gemeinschaft der Lebensinteressen oder Zwecksetzungen besteht, aus der sich natürlich eine sittliche Verpflichtung zur Förderung des jeweiligen Ganzen dieser Gemeinschaft ergibt.

Der Begriff der Staatsverantwortlichkeit lebt nun *heute* von dem *falschen Schein* des Bestandes einer solchen Interessengemeinschaft und sittlichen Verbundenheit aller zu einem alle gleich fördernden Ganzen. Dieser Schein besteht vielfach ganz urwüchsig und gutgläubig sowohl bei den Herrschenden und Beherrschten, solange sie eben über das Wesen der Klassengesellschaft noch nicht aufgeklärt sind; immer häufiger aber wird er zu einer bewussten Täuschung und Vorspiegelung durch die geistigen und geistlichen Repräsentanten der herrschenden Klassen. Denn in Wirklichkeit *fehlt* in der heutigen, [12] d. h. kapitalistischen Gesellschaft überall die reale Grundlage für eine solche Gemeinschaftsbildung, wenn auch der Staat offiziell als solche ausgegeben wird. Alle Staaten beruhen ja vielmehr auf dem *ökonomischen Klassengegensatz* der Besitzenden und Besitzlosen, damit aber notwendig auf der wirtschaftlichen Ausbeutung der letzteren durch die ersteren. Und welche optimistische Vorstellungen immer man sich von der Milderung dieses Verhältnisses durch Demokratie und Sozialpolitik machen mag, sicher ist, dass jeder, auch der demokratischste bürgerliche Staat, das System der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung *aufrechterhalten muss*. Ja, dies galt seit jeher als die eigentliche Aufgabe jeder Regierung im Staate, und diese Aufgabe wird sogar als der *sittliche Zweck des Staates*

bezeichnet. Dem widersprechen aber auf das entschiedenste die Lebens- und Entwicklungsbedingungen des Proletariates, welches in der Aufrechterhaltung dieser Ordnung, von der Unterdrückung und Ausbeutung, Armut und Elend unabtrennbar ist, sogar etwas Unsittliches erblicken muss und in ihr den Urgrund aller Kulturwidersprüche der heutigen Gesellschaft bekämpft. *Hier hört daher jede Gemeinschaft der Interessen auf*, damit aber auch jede Möglichkeit der Zusammenarbeit, jede Solidarität der Zielsetzung und somit auch jede Möglichkeit einer gemeinschaftlichen sittlichen Verantwortung. Sehen wir ja auch immer wieder, wie das Ziel der proletarischen Politik, nämlich der Sturz der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung, von den herrschenden Klassen als etwas sittlich Verwerfliches, ja geradezu als ein *Verbrechen* bezeichnet wird. Wo ist also das „Ganze“, das der Sozialdemokrat im Staate mitverantworten soll und kann? Zu diesem Ganzen gehört doch nicht bloß das Proletariat, für welches man bei dieser Auffassung ohnedies nur so weit eintreten kann, als es das „Ganze“ gestattet. *Dazu gehört doch auch die kapitalistische Produktionsweise*. Und infolgedessen gehören zu dem „Ganzen“ des Staates auch der Klassengegensatz und die ökonomische Ausbeutung der Arbeiter, kurz die Lebens- und Herrschaftsbedingungen der besitzenden Klassen. Und die Staatsverantwortung muss für die „berechtigten“ Interessen der Besitzenden *genauso* eintreten, wie für die Interessen des Proletariates. Diese Konsequenz ist unentrinnbar, sobald man sich einmal auf den Standpunkt einer verantwortlichen Vertretung des Ganzen gestellt hat, also nicht mehr auf dem Standpunkt der Vertretung *bloß eines Teiles* dieses Ganzen steht, nämlich der Vertretung der revolutionären Klasseninteressen des Proletariates.

Man kann hier wieder einmal den gefährlichen Unfug sehen, welchen die unklaren Gemeinschaftsbegriffe anrichten. Diese müssen nämlich in der heutigen Gesellschaft notwendig doppel- [13] deutlich werden, indem sie ihrer Wortbedeutung nach einen idealen Sinn vertreten, den Sinn der Gemeinschaft, der aber in der klassengespaltenen Gesellschaft von heute nicht zu verwirklichen ist, während sie in der Anwendung auf diese Klassengesellschaft jedesmal unwahr und heuchlerisch werden müssen. So denkt jeder bei den Worte „Staatsverantwortung“ gewiss zunächst an das sittliche Ideal eines Ganzen, woraus sich dann freilich die moralische Forderung ergibt, dass jeder sich diesem unterordnen soll. *Aber ein solches Ganzes ist der heutige Staat nicht* und kann es auch durch bloße Demokratie nicht werden. Er ist vielmehr die grundsätzliche Zerrissenheit in zwei ökonomisch lebensgegensätzlich interessierte Lager. Noch immer gilt das düstere Wort Platons, dass jeder Staat, solange er auf dem Privateigentum aufgebaut ist, nur scheinbar eine Einheit darstellt, in Wirklichkeit aber zwei feindliche Staaten enthält: den Staat der Reichen und den der Armen. Das

Ganze also, dem gegenüber ein Sozialist sich verantwortlich fühlen könnte, ja müsste, ist noch gar nicht da. Es muss erst geschaffen werden, und es kann nur geschaffen werden von einem Teile des heutigen Ganzen, vom Proletariate, gegen den anderen Teil, die Besitzenden. Denn es liegt jenseits der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates.

*Zu dem Ganzen, das heute da ist, gehört notwendig der Kapitalismus, damit aber auch die Steigerung des Kapitalismus zum Imperialismus, was gewöhnlich in der Form einer nationalen Wirtschaftsausdehnung auftritt, und gehört schließlich ebenso notwendig Militarismus, Kriegsrüstung und zuletzt der Krieg selbst. Hat man vergessen, dass die Arbeiterregierung MacDonalds aus pflichtgemäßer Staatsverantwortung für die Unverletzlichkeit des britischen Weltreiches das Abwerfen von Fliegerbomben auf aufständische indische Dörfer zugelassen hat?*²

² Besonders lehrreich dafür, was Staatsverantwortung heute ist, waren die Vorgänge vor dem 7. Oktober 1928 in Österreich. An diesem Tage wollten die Heimwehren ausgesprochene faschistische bewaffnete Organisationen einen provokatorischen Massenaufmarsch aus ganz Osterreich in Wiener-Neustadt, „vor den Toren Wiens“, wie sie sagten, machen. Es handelt sich dabei um eine ausgesprochene Aktion gegen das Proletariat, „gegen den roten Terror“. Aber eben deshalb wurden diese Faschistenbanden von der uneingeschränkten Sympathie der ganzen bürgerlichen Presse, ob christlich oder jüdisch, begleitet, die sie als Retter des Staatsganzen feierte. Und der Staatskanzler Seipel erklärte im Parlament seine Befriedigung darüber, „dass die Heimwehren da sind“. Sie gehören eben auch zum „Ganzen“ des Klassenstaates und sind die nicht einmal mehr geheim protegierten Schutztruppen der Banken und der Schwerindustrie. Und deshalb wurden sie von einem Staatsmanne, der sich für das „Ganze“ verantwortlich fühlte, zu welchem er natürlich vor allem die Besitzinteressen rechnet, im Namen der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte aller unter Aufbietung der ganzen Armee gegen die Arbeiter, gegen die sie doch aufmarschierten, „geschützt“, d. h. unterstützt. Und um ein Beispiel auch nach der anderen Seite zu haben, steht nun der blutige 1. Mai in Berlin da, ein namenloses Unglück für die ganze internationale Sozialdemokratie. Gewiss ist kein Wort zu hart für die Verantwortungslosigkeit, mit der die kommunistische Politik Blutopfer schuf. Aber dass ihr dies gelingen konnte, war doch nur die Folge davon, dass sozialdemokratische Staatswürdenträger die Verantwortung für die Unversehrtheit der Staatsautorität (welchen Staates? etwa des proletarischen?) höher stellten als die Verantwortung für die Integrität der proletarischen Maiidee.

3. Verbürgerlichung als Grundlage der neuen Politik.

Vielleicht meint aber jemand, die Zugehörigkeit der ökonomischen Ausbeutung zum Ganzen des heutigen Staates schließe trotzdem die Staatsverantwortung nicht aus, weil man ja innerhalb derselben die Ausbeutung bekämpfen kann. So gehöre ja auch z.B. die Tuberkulose zum heutigen Ganzen des Staates, werde aber gerade dadurch, dass man die Kräfte des Ganzen intensiv gegen sie in Bewegung setzt, wirksam bekämpft. Allein dieser Einwand trifft gar nicht das Wesentliche. Denn die Tuberkulose, oder man könnte auch den Alkoholismus hier heranziehen oder die Lues, dies alles gehört nicht zu den wesentlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung: sondern stellt in ihr *vermeidbare* Übel dar, deren Beseitigung im Allgemeininteresse liegt. Die Bekämpfung dieser Übel ist nicht gleichbedeutend mit der Bekämpfung der Grundlagen der bürgerlichen Kultur und kapitalistischen Lebensnotwendigkeiten. Und trotzdem muss man sagen, dass sogar diese Übel bei Aufrechterhaltung der Gesellschaft der Klassengegensätze nicht wirklich von Grund aus bekämpft werden können. So großartig in mancher Hinsicht die Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege und Seuchenbekämpfung sind und so großen Erfolg sie unbestreitbar haben, so wissen doch gerade wir am besten, dass die Armut großer Volksschichten, die Geißel der Arbeitslosigkeit, die schreckliche Unkultur der Wohnungen der großen Massen immer wieder einen großen Teil des segensreichen Einflusses jener Wohlfahrtseinrichtungen zunichte machen oder oft gar nicht zur Entfaltung kommen lassen. Auch hier weist jede wirklich widerspruchslöse Arbeit für Volksgesundheit *über die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft* hinaus, obgleich diese Übel an sich in ihr gar nicht notwendig wären.

Aber die Übel, welche aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, sowohl die ökonomischen der Ausbeutung, Armut, Arbeitslosigkeit und des vorzeitigen Alterns der arbeitenden Klassen, als die politischen der inneren und äußeren Gefahren der imperialistischen Entwicklung, sie sind *nicht ver-* [15] *meidbare* Übel der kapitalistischen Gesellschaft, sondern *von ihr gänzlich unabtrennbar*. Wer also meint, dass man die alte Gegnerschaft des Sozialismus gegen dieses kapitalistische Ganze mit der Staatsverantwortlichkeit für dieses Ganze vertauschen muss, der hat eigentlich schon alle diese Übel mit in Kauf genommen. Und daher sehen wir denn auch, dass dem Standpunkte der Staatsverantwortung eine vom

sozialistischen Klassenkampf abgrundtief geschiedene Einstellung gegenüber diesen Übeln entspricht. Nun verwandeln sich nämlich diese Übel in bloße „Auswüchse“ des Kapitalismus, und es ist gar nicht mehr die Rede von der Beseitigung und Überwindung des Kapitalismus, sondern bloß von der Milderung seiner schroffen Seiten. Jede wirkliche und konsequente Bekämpfung des Kapitalismus selbst erscheint jetzt entweder als Rückkehr zur Utopie oder als Gefolgschaft des Bolschewismus. Und dies alles ist von einem Standpunkt, der eben das Ganze des *Staates* vertreten will und infolgedessen auch alle seine Klassen vertreten muss, nur durchaus berechtigt, ja sogar selbstverständlich.

Denn dies ist es, was wir zum Schlusse ganz deutlich einsehen und aussprechen müssen: Wer sich auf den Standpunkt der Staatsverantwortung stellt, *der stellt sich zugleich auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung*. Er hat aufgehört, nicht etwa nur klassenrevolutionär zu reden, sondern so zu denken, fühlen und handeln. Er vertritt, ob nun als einfacher Genosse oder als Vertrauensmann in der Partei oder Gewerkschaft oder als Minister in einer Staatsregierung, nicht mehr das Interesse des Proletariats allein, sondern darüber hinaus auch die Interessen des „Ganzen“, also *auch die Interessen der besitzenden Klassen*. Das heißt, er muss sie stets mitberücksichtigen und aus dieser Rücksicht das Maß und den Inhalt der Forderungen seiner eigenen Klasse bestimmen lassen. Auf diese Weise entsteht ihm daher die Aufgabe, *beide Interessenssphären nebeneinander* möglich zu machen. Da er aber über die Gesinnungen und Handlungen der anderen keine direkte Gewalt hat, so bleibt ihm nur übrig, zunächst im eigenen Lager mit dem Entgegenkommen zu beginnen, also vom eigenen strengen Klasseninteresse des Proletariats abzugehen, in der Hoffnung, dass die anderen dies „würdigen“ und ähnlich vorgehen werden. Und so entsteht jene „neue Orientierung unserer Politik“, – ist aber im Grunde der alte Revisionismus, der die sozialistischen Parteien schon einmal in den Zusammenbruch der Internationale im August 1914 geführt hat –, es entsteht jene Ideologie des Rechtskurses in der Partei, die mit einem immer wachsenden Verständnis für die Notwendigkeiten des bürgerlichen Staates eine immer größere Entfremdung gegenüber den Kampf- und Entwicklungsnotwendigkeiten des revolutionären Prole- [16] tariats verbindet. So werden dann freilich Beschlüsse möglich, wie der über die Panzerkreuzerrate. Und so ist es möglich, dass ein sozialdemokratischer Minister auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress die Bekämpfung der Technischen Nothilfe förmlich wie ein Geschenk ankündigte, für das die Arbeiter dankbar sein müssten, indem er sagte (Wr. Arb.-Ztg. vom 7. September 1928), „das sei ein Akt seines Vertrauens (!) zu den Gewerkschaften, dass sie sich niemals ihren Verpflichtungen gegen den Staat (!) entziehen werden“. Sollte man nicht eher erwarten, dass ein

Sozialdemokrat, der gerade Minister sein muss, die Gelegenheit, vor seinen Genossen zu sprechen, benützen müsste, um etwa so zu ihnen zu reden: dass sie, trotzdem er als Minister einer bürgerlichen Regierung nicht so könnte, wie er wollte und sollte, ihm doch *ihr* Vertrauen als Sozialisten bewahren sollten, indem er auch an dieser Stelle suche, nicht für den Staat, sondern für das Proletariat herauszuholen, was möglich sei, gestärkt von dem Vertrauen, dass die Gewerkschaften das Errungene im Sinne ihrer Verpflichtungen gegen den revolutionären Klassenkampf des Proletariats anzuwenden und auszunützen verstehen werden.

Aber freilich, bei solcher Denk- und Sprechweise hätten wir wahrscheinlich überhaupt keine Minister, dafür auch keine Parteikrise. An Stelle der Staatsverantwortlichkeit wäre die Politik der Partei beherrscht von dem Geiste der Verantwortlichkeit vor dem Sozialismus, d. h. an Stelle einer nationalen Verantwortlichkeit träte die Verantwortung vor der Internationale, die einzige, die wirklich zu neuen Lebensformen führen kann, indem sie die alten Lebensbedingungen der Klassenstaaten negiert und schließlich sprengt.

Und dies führt uns nun unmittelbar auf das aktuell gewordene Thema der Stellung des Sozialismus zum Wehrproblem im bürgerlichen Staate. Denn zu den alten bürgerlichen und nationalen Lebensformen gehört die Gleichsetzung von Klassenstaat und Vaterland, von Verteidigung der bestehenden Herrschaftsinteressen und Landesverteidigung. Die prinzipielle sozialistische Frage: Wie entziehen wir dem Militarismus die Volksmassen, um ihn so am sichersten zu vernichten?, verwandelt sich auf diese Weise in die andere Frage: In welchem Maße ist der Militarismus durch die Landesverteidigung berechtigt? Wohin eine solche Denkweise führt und führen muss, das hat der Panzerkreuzerbeschluss wie mit einem Blitzlicht erleuchtet. Und nicht nur weil durch ihn die ganze Diskussion über das Wehrproblem hervorgerufen wurde, sondern weil an der kritischen Betrachtung dieses Ereignisses so viel zur Klärung des ganzen Problems zu lernen ist, wird es gut sein, dieses verhängnisvolle Ereignis nicht der allgemeinen menschlichen Schwäche des Vergessens zu überlassen. [17]

Zweites Kapitel.

Panzerangriff auf die Internationale.

1. Die Koalition als Selbstzweck.

Am 10. August 1928, fast zur selben Stunde, als in Brüssel der Internationale Sozialistenkongress einen flammenden Aufruf gegen Krieg und Kriegsrüstung beschloss, bewilligten in Berlin die vier sozialdemokratischen Minister die Erbauung eines Kriegsschiffes. Und sie taten dies in Ausübung einer von ihnen empfundenen „Staatsverantwortlichkeit“, die durch die Koalition mit den bürgerlichen Parteien auf ihre Schultern gewälzt worden war. Eine ärgere Kompromittierung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung wie durch dieses unbegreiflich bedenkenlose Vorgehen der deutschen sozialistischen Koalitionsminister lässt sich kaum denken, indem gerade sie es waren, welche das Symbol des neudeutschen Imperialismus und der militaristischen Klassengewalt unserer Gegner überhaupt, den ersten neuen deutschen Panzerkreuzer, bewilligten. Vergeblich war die klägliche Entschuldigung, dass es ja nur die erste Baurate des Schiffes gewesen sei und noch nicht die Flüssigmachung der ganzen Kosten des Schiffes. Denn was soll man von dem Ernst und dem Verantwortungsgefühl solcher Minister halten, die eine erste Baurate mit dem geheimen Vorbehalte bewilligen, die folgenden Bauraten zu verweigern, nur um dadurch momentan über eine für sie schwierige Situation hinwegzukommen? Kann im Ernst jemand glauben, dass man auf diese Weise Steuergelder des Volkes doppelt hinauswerfen werde, einmal für Kriegszwecke und das zweite Mal für den Anfang eines Baues, den man nicht zu Ende führen lässt? Diese Entschuldigung war also noch jämmerlicher als die Handlungsweise selbst, und ist überdies seither durch die Einstellung der zweiten Baurate des Schiffes in den Entwurf des Staatshaushaltes längst schon Lügen gestraft worden. Eine ungeheure Welle der Scham, des Schmerzes und der Empörung, wie sie in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht erlebt wurde, ging nach dem Panzerkreuzerbeschluss durch die ganze Partei, aber über sie hinaus auch durch die ganze sozialistische Arbeiterwelt, überall dort, wo sozialistische Forderungen und Ideen noch nicht zu bloßen Wahlschlagern geworden sind, sondern aus dem sehnenenden politischen und gesellschaftlichen Idealismus des Proletariats entspringen. Zugleich aber wirkte diese Panzer- [18] kreuzerbewilligung wie eine warnende Illustration zu der Bedächtigkeit des Brüsseler Internationalen Kongresses mit seinen nach allen Richtungen hin den Klassenkampf des Proletariats verklausulierenden Stellungnahme. Da hatte der Brüsseler Kongress ein umfangreiches Verhaltensprogramm

entworfen, wie bürgerlich-kapitalistische Regierungen gezwungen werden sollten, gegen „wilde“ und „unreife“ Kolonialvölker ihre imperialistischen Gelüste zu zügeln. Hierbei wurde natürlich vorausgesetzt, dass diese Zügelung durch den kraftvollen antimilitaristischen und antiimperialistischen Klassenwillen des Proletariats und seiner parlamentarischen Vertreter erfolgen könne und werde. Und im selben Moment lässt eine Regierung, in der die Sozialdemokratie mit vier ihrer besten Männer und Parlamentarier, darunter einem berühmten Theoretiker des Marxismus, beteiligt ist, einen Panzerkreuzer vom Stapel laufen, weit entfernt also davon, gegen ihren heimischen Imperialismus aufzutreten, ohne jede andere Nötigung als die der Aufrechterhaltung ihrer Scheinmacht.

Ohne andere Nötigung! Denn das ist das Empörende an dieser Sache, dass dieser Beschluss, wie nachher auch zugegeben werden musste, aus keinem anderen Grunde erfolgt ist, als *um nicht aus der Regierung herausgehen zu müssen*, wobei man glaubte, von der Befragung der Partei ganz absehen zu können. Der zuerst angegebene Vorwand, dass man durch die bereits im früheren Reichstag erfolgte Bewilligung der ersten Baurate des Panzerkreuzers sich juristisch in einer Zwangslage befunden hätte, ist bereits in seiner ganzen Fadenscheinigkeit durch einen so autoritativen Kenner des Verwaltungsrechtes wie Genossen Dr. Karl Herz in seiner Nichtigkeit entlarvt worden. Karl Herz hat gezeigt, dass eine solche Zwangslage nicht nur nicht bestanden hat, sondern dass gerade formaljuristisch der Reichsfinanzminister zusammen mit dem Reichskanzler stets in der Lage sind, einen Beschluss des Ministeriums aufzuhalten, selbst wenn eine Majorität für denselben besteht; und da in unserem Falle der Reichsfinanzminister und der Reichskanzler unsere theoretisch und praktisch führenden Genossen sind, so ist es klar, dass sie diesen Beschluss nicht aufhalten *wollten*. Dabei soll gar nicht davon gesprochen werden, dass sozialdemokratische Minister, die *zugleich klassenrevolutionäre Vertreter des Proletariats* wären, selbst einer formaljuristischen Zwangslage gegenüber Mittel gefunden hätten, ihrem Standpunkte Rechnung zu tragen: sie wären eben aus der Regierung ausgetreten oder hätten zumindest durch die Befragung der Partei die bürgerlichen Gegner unter Druck gestellt. Aber man braucht sich heute darüber gar nicht mehr aufzuhalten; denn inzwischen hat ja Genosse Breitscheid in dem sichtlich gutgemeinten Bestreben, seine Richtungsgenossen im Ministerium zu rechtfertigen, ausgeplaudert, wie es zu dem Beschluss gekommen ist. Er erzählt nämlich in einem vom „Soz. Pressedienst“ verbreiteten Artikel, dass die vier sozialdemokratischen Minister schon gegen die Baurate stimmen wollten. Als sie aber die Gewissheit erhielten, dass dann auch die beiden demokratischen Minister sich ihnen anschließen würden, wodurch eine Mehrheit für die Ablehnung

entstanden wäre, hätten sie dies nicht mehr auf sich nehmen wollen, um – die Krisis der Regierung zu vermeiden. Das heißt also, unsere vier sozialistischen Vertrauensmänner in der Regierung hätten bestimmt (damals!) *gegen* den Panzerkreuzer gestimmt, wenn sie sicher gewesen wären, dass *die anderen* Mitglieder der Regierung die Majorität für den Panzerkreuzer erhalten hätten. Dies also ist der herrliche Gipfelpunkt der gepriesenen Realpolitik, welche immer der „abstrakten“ Gesinnungspolitik der Linken triumphierend entgegengehalten wird. Sie führt, wie wir jetzt sehen, nicht nur zur materiellen Stärkung der Gegner, sondern zur eigenen Kompromittierung. Und auf diese Weise zerstört sie zugleich in einer fast selbstmörderischen Weise unsere stärkste Waffe, *die ideelle und moralische Wucht unserer Bewegung*, indem sie im eigenen Lager und bei den Gegnern den *Glauben an den Ernst* unserer Stellungnahme gegen die bürgerliche Welt vernichtet.

Es war also keine Zwangslage, in der dieser traurige Beschluss erfolgte. Im Gegenteil, wir sehen jetzt, dass es die sozialistischen Minister waren, *die selbst die Situation herbeigeführt haben*, welche die Majorität für den Panzerkreuzer ergab. Und warum taten sie dies? Weil sonst die Koalition auseinandergegangen wäre. Aber, werden gewiss die Arbeiter fragen, warum soll sie denn nicht auseinandergehen? *Ist sie denn ein Selbstzweck*, ein unantastbares Gut des Sozialismus, oder ist sie nicht bloß ein Notbehelf für den revolutionären Klassenkampf? Und woran soll denn eine sozialdemokratische Koalition ihren *proletarischen Kampfcharakter* erweisen als daran, dass sie imstande ist, an gewissen Punkten plötzlich aufzufliegen, nämlich dort, wo sie nur mehr mit Preisgebung sozialistischer Grundsätze oder doch nur mit Gleichgültigkeit gegen sie eingehalten werden könnte?

Oder hatte etwa die bestehende Koalition eine solche Hochschätzung gerechtfertigt, dass man sie um jeden Preis erhalten musste? Was war denn durch sie bis dahin erreicht worden? Darüber besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit, dass ihr Ergebnis schon damals nicht nur keine Aktivbilanz, sondern Passivbilanz hatte. Die einzigen positiven Punkte, die Lohnsteuersenkung, eine minimale Sache, und die

Amnestie, waren [20] auch ohne Koalition zu erreichen. Dagegen hatte die Sozialdemokratie in allen prinzipiellen Forderungen die Segel streichen müssen. Die Reform der Reichswehr wurde zurückgestellt. Die Forderung des Nationalfeiertages, d. h. aber eigentlich der feierlichen Anerkennung der Republik, war zu einer schmachvollen Niederlage gegenüber den reaktionären und monarchistischen Parteien geworden, und nun kam noch dazu die Kapitulation vor dem Militarismus, der Triumph der Klassengegner, einen Trutzbeschluss des früheren Bürgerblocksystems grade durch die sozialistischen Minister *ausführen* zu lassen und so dem Proletariat deutlich

zu machen, wie wenig es im kapitalistischen Staate gilt. Und dies alles nur deshalb, um „an der Regierung teilzuhaben“!

2. Die angebliche Pflicht zur Regierungsbildung.

Wie ist das alles zu erklären? Wie war es insbesondere möglich, dass die vier Genossen im Ministerium, trotzdem sie in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise ein Misstrauensvotum der höchsten Körperschaften der Partei erhalten hatten, *nicht selbst das Bedürfnis fühlten, abzutreten*, sondern von einer ihnen noch immer zur Verfügung stehenden, wenn auch sichtlich zusammenschmelzenden Majorität sich die Erlaubnis geben ließen, weiterhin auf ihren Ministersesseln zu verharren. Und dies, während in den Zeitungen und Organisationen der Partei die schmerzlichste Betretenheit über dieses Schauspiel sich immer stürmischer kundgab, immer lauter der Ruf nach Rücktritt der Minister, Einberufung des Parteitages und Revision der Koalition ertönte und zugleich in den bürgerlichen Blättern des In- und Auslandes der schadenfrohe und giftige Vorwurf des politischen Komödiantentums einer Politik entgegengeschleudert wurde, welche den eigenen Ministern das Misstrauen ausdrückt und sie zugleich im Amte belässt?

Der Proletarier musste sich erstaunt fragen: „Wie konnte dies alles so rasch nach dem gewaltigen Sieg des Proletariats bei der letzten Reichstagswahl geschehen? Sind wir nicht gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Gesellschaft in der Wahlschlacht aufgeboten worden und in einer Stärke von mehr als 9 Millionen proletarischer Klassenkämpfer auf den Plan getreten? Und nun müssen wir uns in so schmachlicher Gebundenheit durch bürgerliche Interessen finden!“

Hier ist wieder einmal in einem sehr eindringlichen Anschauungsunterricht der Geschichte ein Beispiel dafür gegeben worden, wohin jener Geist führt, den heute die Rechtssozialisten als den wahren, weil den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Sozialismus predigen – der Geist der nur demokratisch [21] politischen Entwicklung und der Staatsverantwortlichkeit. Alle Schwächen der heutigen internationalen sozialistischen Bewegung und noch mehr alle ihre Ideen- und Richtungslosigkeiten und zuletzt, aber nicht zumindest, alle ihre Würdelosigkeiten stammen aus dieser Quelle, die ebenso in Deutschland wie in Österreich, in England wie in Frankreich nur allzu starke Strömungen hat und die Krise des Sozialismus nicht zur Gesundung kommen lassen wird, bevor sie nicht endlich durch die revolutionäre Selbstfindung des Proletariats endgültig verstopft werden wird.

Diesen Anschauungsunterricht der Geschichte bot Deutschland übrigens nicht etwa erst mit dem Panzerkreuzerbeschluß, sondern er begann schon früher mit dem abscheulichen Schauspiel des wochenlangen Nachlaufens des Rechtssozialismus hinter den bürgerlichen Parteien gleich nach der Wahl, um mit ihnen zu einer Koalition zu kommen. Wie da die Verhandlungen sich wochenlang schlepten, nicht etwa, weil die bürgerlichen Parteien auf den Fels des unbeugsamen proletarischen Klassenwillens stießen, sondern wie man immer nur hörte, was das Zentrum und die Deutsche Volkspartei für Bedingungen stellte, ja sogar welche Rücksicht diese Parteien auf die Deutschnationalen nehmen mussten, nur nicht auf das, was die Sozialdemokratie verlangte, da mochte sich mancher Genosse an den Kopf greifen und fragen, in welcher verkehrten Welt wir denn leben. Ja, sind es denn nicht wir, die als die bei weitem stärkste Partei die Bedingungen zu stellen gehabt hätten? Wie konnten wir in die Lage geraten, uns von den anderen die Grenzen unseres Handelns vorschreiben zu lassen! Das war aber die natürliche Folge davon, dass sich die Sozialdemokratische Partei in rein politisch-demokratischer Weise auf denselben Staatsboden stellte wie die anderen Parteien. Dann ergab sich freilich als scheinbare Konsequenz, dass die Sozialdemokratie als die größte Partei die „Führung“ (von wem? und wohin?) haben und daher die Bildung der Regierung übernehmen müsse. Die Ablehnung einer solchen Verpflichtung für das Proletariat hätte zur Folge gehabt, dass die bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung hätten übernehmen müssen und dass, da sie es kaum hätten wagen können, den Rechtskurs nach den letzten Wahlen offen fortzusetzen, sie sich hätten an uns wenden müssen und wir unsere Bedingungen zur Verhandlungsgrundlage hätten machen können. So war, ganz abgesehen von der Frage, ob die Koalition überhaupt wünschenswert war, auch schon in der Form ihrer Eingehung *der ganze gewaltige moralische und materielle Kraftvorsprung in der unverantwortlichsten Weise vertan worden*, den die Wahl mit der die herrschende Richtung in der Partei danach unserer Partei gebracht hatte. Und die Angst und Ungeduld, mit der die herrschende Richtung in der Partei danach zitterte,

zitterte, [22] die Koalition nur ja zustande zu bringen, bezeichnet nur den Anfang jener Linie, auf der sie sie jetzt um jeden Preis retten zu müssen glaubte.

3. Das Dogma von der Führung.

Manche Genossen meinen, dass es viele Arbeiter nicht verstanden hätten, wenn nach dem Wahlausfall nicht die Partei selbst die Regierungsbildung übernommen hätte. Dies muss freilich zugegeben werden, aber nur aus dem

Grunde, weil die marxistische Arbeiterbildung noch viel zu wünschen übriglässt und daher nur allzu viele Genossen noch in bürgerlich-politischen Kategorien denken, bloß dass sie diesen ein freiheitliches Vorzeichen geben. Es gehört aber zur sozialistischen Klassenbildung, den Arbeitern klarzumachen, dass der Satz: der stärksten Partei gebührt die Regierungsübernahme, ein *Dogma der bürgerlichen* Demokratie ist, das sich nur auf die Konkurrenz der bürgerlichen Parteien um die Regierung und Verwaltung *ihres* Staates bezieht. Denn da alle bürgerlicher Parteien, so verschieden auch ihr Parteiprogramm sein mag auf derselben Grundlage der Aufrechterhaltung des Klassenstaates stehen, ist es nur eine Konsequenz der bürgerlichen Demokratie, dass von diesen prinzipiell gleich orientierten Parteien diejenige regieren soll, welche, weil sie die meisten Stimmen hat, auch die am meisten berufene Vertreterin des bürgerlichen Staates ist. Die Sozialdemokratie ist aber jene Partei, die den bürgerlichen Staat beseitigen will. Sie steht also mit den anderen Parteien gar nicht auf derselben Grundlage, sondern diese bilden ihr gegenüber eine einzige gegnerische Partei. Sobald man also die Dinge so betrachtet, und als Marxist muss man sie so betrachten, war die Sozialdemokratie noch gar nicht die stärkste Partei, sondern ist heute noch schwächer als alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Sie hat daher gar keine „demokratische“ Verpflichtung, als „stärkste“ Partei die Regierungsbildung zu übernehmen. Im Gegenteil: in der Tatsache, dass sie zwar stärker ist als jede andere bürgerliche Partei, aber doch noch schwächer als alle bürgerlichen Parteien zusammen, tritt jetzt nur umso deutlicher die derzeit noch bestehende politische und soziale Unreife des Proletariates für die Machtergreifung hervor, und so wird der tragische Widerspruch offenbar, der überall dort für die Entwicklung des Sozialismus eintreten muss, wo das Proletariat infolge der bloß ziffernmäßigen Stärke seiner Wählerstimmen und Mandate sich durch Übernahme von Regierungsgeschäften zu einer Machtergreifung drängen lässt, die noch keineswegs seiner wirklichen sozialen Macht, geschweige denn der klassenmäßigen Übermacht des Proletariats ent- [23] spricht. Auf diese Weise kann nichts anderes herauskommen, als dass das Proletariat unter dem Schein der Machtergreifung doch wesentlich die Geschäfte des bürgerlichen Staates besorgt und durch seine Minister besser deckt, als sonst die bürgerliche Regierung allein es imstande wäre. Das Proletariat muss eben lernen, die Stärke seiner Macht nicht nach der Zahl der Mandate im Parlamente, sondern nach dem Maß seiner *außerparlamentarischen* Macht gegenüber allen bürgerlich-bäuerlichen Klassen im Staate zu beurteilen.

Ist diese Anschauung einmal Gemeingut der Arbeiterklasse geworden, dann wird die Idee einer Machteroberung im Sinne einer „Anteilnahme an

der Regierung“ ihren bestechenden Glanz für die Arbeitermassen verlieren. Sie werden diese Art der Koalition dann als das betrachten, was sie wirklich ist: eine gefährliche Illusion, welche in den äußeren Formen der Macht das Proletariat in dem Maße machtloser macht, als sie es verhindert, seine eigene klassenrevolutionäre Politik zu machen. Die ganze Geschichte der gegenwärtigen Koalition in Deutschland ist ein einziges ebenso lehrreiches wie trauriges Beispiel hierfür. Diese Koalition kann überhaupt nur dadurch bestehen, dass fortwährend Interessen des Proletariates, bald politische, bald gewerkschaftliche, bald ökonomische, *zurückgestellt* werden, und zwar für nichts anderes, als dass die Koalition selbst weiterbestehen bleiben kann. Die Koalition des Proletariates kann und darf aber nie Selbstzweck werden, sie kann und darf insbesondere nie als ein Mittel zur Teilung der Macht mit den bürgerlichen Klassen betrachtet werden, sondern nur als ein *Kampfmittel gegen sie*. Daraus folgt, dass sie auch nur dort anwendbar ist, wo das Proletariat stark genug ist, die bürgerlichen Klassen und Parteien in eine politische Zwangslage zu setzen, die es ihm ermöglicht, die Bedingungen der Koalition festzusetzen.

Auf solche Weise wird es nun auch klar, dass die Sozialdemokratie nicht schon dann die „Führung“ hat, wenn sie Ministersitze, ja sogar den Reichskanzlerposten besetzt, sondern nur dann, wenn sie sozialistische Überzeugungen auch in der Tagespolitik nicht als intellektuellen Luxus betrachtet, und wenn ein revolutionärer Wille da ist, der in eine sichere Richtung weist. Beides aber entspringt heute nicht mehr aus den Denkformen der *politischen* Demokratie, sondern nur aus den Ideen und Forderungen der *sozialen* Demokratie. Die Unterscheidung der Denkformen bloßer politischer und sozialer bloße „abstrakte Formeln“. An dem Beispiel der jämmerlichen Demokratie sind eben nicht, wie manche dies darzustellen lieben, und würdelosen Kleberei an den Ministerstühlen kann man vielmehr schmerzhaft scharf sehen, wie diese verschiedenen Formen der Demokratie *verschiedene Standpunkte der Beurteilung der Dinge und des Wollens der Ziele sind*. Dieses Verhalten ist nur möglich, wo die bürgerlichen Denkformen herrschend geblieben sind. Dann freilich verbleibt das Handeln ganz und gar innerhalb der bürgerlichen Welt und schreckt überall zurück, wo es gilt, sich gegen sie zu wenden. Wo aber das sozialrevolutionäre Denken zur zweiten Natur geworden ist, da verrichtet es alle politische Arbeit innerhalb der bürgerlichen Welt gleichsam nur provisorisch, *strebt überall aus ihr heraus* und benutzt jeden Anlass, dieses Bewusstsein in der ganzen proletarischen Klasse lebendig zu erhalten und zu bestärken.

4. Parteidemokratie?

Dabei wollen wir uns gar nicht länger darüber aufhalten, aber es darf doch auch hier nicht außer Acht bleiben, wie sehr gerade die unentwegten Schwärmer und Lobredner der politischen Demokratie selbst ihre primitivsten Grundsätze der Beschlussfassung über den Panzerkreuzer hintangesetzt, ja verachtet haben. Was ist das für eine Demokratie, und was für eine Wertung der Mitglieder der Partei liegt in diesem Vorgange der Beschlussfassung, bei welchem die sozialistischen Minister doch nach ihrem eigenen Geständnis wussten, dass sie gegen den Willen der Partei handelten, aber offenbar meinten, die Masse werde die Sache schon „schlucken“ und Parteidisziplin halten, d. h. parieren wie gewöhnlich! Und was soll man zu einer Demokratie sagen, welche den Schwerpunkt aller Parteitätigkeit in den engen Kreis der Träger der parlamentarischen Machenschaften verlegt! So konnte Breitscheid allen Ernstes in seinem Rechtfertigungsversuch hinschreiben, dass zwar die einfachen (!) Parteigenossen draußen in der Partei bei Abschluss der Koalition über das Schicksal des Panzerkreuzers im Zweifel sein konnten, dass aber kein Mitglied der Reichstagsfraktion sich darüber einer Illusion hingeben durfte, dass mit dem Eintritt in die Regierung nicht auch der Panzerkreuzer in Kauf genommen war. erinnert das nicht förmlich an das berüchtigte Wort der römischen Priester und Volksbetrüger: „Wir Auguren unter uns“, und das soll die Art sein, in der das Proletariat „die Führung im Staate“ hat und seinen Weg zum Sozialismus geht? Mit dieser völligen Abdankung einer lebendigen sozialistischen Verantwortung zugunsten freilich der berühmten Staatsverantwortlichkeit steht auch im Zusammenhang, dass man es für möglich hielt, in der ersten Benachrichtigung der Partei durch den „Vorwärts“ Bewilligung der ersten Baurate damit zu rechtfertigen, dass die bisherige gute Konjunktur in dem Eingange von Steuergeldern – sie ist seither schon wieder verschwunden – noch weiter andauere! Hier und in allen diesen Punkten handelt es sich nicht [25] etwa, wie manche sich und anderen gerne einreden möchten, um bloße Ungeschicklichkeit oder Dummheit. Und es wäre sehr traurig, wenn man aus dieser neuerlichen Niederlage des Sozialismus, die nicht geringer ist als die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914, nur die trostlose Lehre der sozialistischen Realpolitiker aller Länder ziehen würde, dass man es eben gescheiter anfangen müsse. Sondern es ist nötig, zu erkennen, dass diese „Ungeschicklichkeiten“, „Dummheiten“, „Taktlosigkeiten“ oder wie man dies nennen will, eben nur das unausbleibliche Ergebnis der sozialistischen Seelenlosigkeit sind, die einen großen Teil der führenden Schichten in der Partei ergriffen hat, weil man nicht zwei Herren zugleich dienen kann: dem „Volksganzen“ des bürgerlichen Staates und dem Ganzen der

proletarischen sozialistischen Internationale. Wie die Siege der deutschen Sozialdemokratie die Freude der ganzen Internationale waren, so bedeuten ihre Schwächen noch mehr eine Schwächung der Internationale selbst. Denn diese ist erst in einem langsamen Gesundungsprozesse begriffen, und der Brüsseler Kongress hat erst kürzlich erwiesen, wie schwierig dieser Prozess ist. Aber darum hatte vielleicht der unheilvolle Panzerbeschluss doch eine heilvolle Wirkung; denn er hat neuerdings allen Parteigenossen die Wahrheit eingeschärft, dass nicht aus der noch so prunkvollen äußeren Veranstaltung oder noch so guten äußeren Organisation der Internationale diese wieder lebendig werden wird, sondern nur durch den revolutionären proletarischen Klassenkampfgeist, der in jedem einzelnen Parteigenossen lebendig sein muss.

Drittes Kapitel.

Prinzipielles zum Wehrproblem.

1. Gegen den Militarismus.

Es ist begreiflich, dass die tiefgehende Bewegung in Partei, die sich an die Panzerkreuzerfrage angeschlossen hat, auch das Bedürfnis nach einer prinzipiellen Orientierung über die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage neuerlich geweckt und allgemein gemacht hat. Eigentlich sollte man meinen, dass in dieser Frage schon längst alle nur wünschenswerte Klarheit und Deutlichkeit durch die marxistische Grundauffassung gegeben sei, wonach der Staat, solange er auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft beruht, notwendig ein *Klassenstaat* ist und seine Wehrorganisation daher auch nur ein Macht- und Kampfmittel im Interesse derjenigen Klassen ist, die diesen Staat beherrschen und ihn daher auch verteidigen wollen gegen Angriffe von außen und von innen. Dabei sehen wir zunächst noch ganz davon ab, dass durch die Entwicklung des kapitalistischen zum imperialistischen Staate diese Wehrorganisation überdies sich notwendig zu einer Angriffs- und Eroberungsorganisation umgestaltet. Man kann auch hier den gefährlichen, ja verheerenden Einfluss eines Wortgebrauches (Terminologie) feststellen, der aus derselben Ecke herkommt, aus welcher der schöne Begriff der „Volksgemeinschaft“ im Sprachgebrauch so mancher Parteigenossen den alten marxistischen Begriff des Klassenstaates verdrängt hat. Wenn wir an den Stelle des neuen Wortes „Wehrorganisation“ im heutigen Staate, das so stimmungsvoll an Volksnot und Volksabwehr erinnert, das alte Wort, „*Militarismus*“ setzen, so wird es sofort klar, dass das Bedürfnis nach einer prinzipiellen Änderung unserer Stellungnahme zur Wehrfrage *nur für den besteht*, der wirklich meint, dass in der demokratischen Republik sich die Lage des Proletariates gegen früher *prinzipiell* geändert hat. Wer also meint, dass der alte Militarismus sich ebenso in eine solidarische Wehrorganisation wie der alte Klassenstaat in eine Volksgemeinschaft umgewandelt habe oder auch nur auf dem Wege zu dieser Umwandlung ist, der muss natürlich auch eine prinzipielle Änderung unserer Stellung zum Militarismus verlangen. Wer dagegen die unerhörte Verschärfung der Klassengegensätze, die überall, besonders in Deutschland und Osterreich, sowohl auf ökonomischem wie auf politischen Ge- [27] biete hervorgetreten ist, ins Auge fasst, der wird sich kaum der Meinung anschließen können, dass durch den an sich wertvollen endlichen Übergang der mitteleuropäischen Staaten zu den Formen einer demokratischen Republik an dem klassengegensätzlichen Charakter ihres ganzen Wesens irgendetwas Ernstliches geändert wurde. Und er wird deshalb an der alten prinzipiellen

Ablehnung aller Formen des bürgerlichen Militarismus und Marinismus nichts zu revidieren haben. Man sieht, dass das sogenannte neue Wehrproblem nur ein Ausfluss aus derselben Illusionsfülle ist, welche uns auch andere „moderne Probleme“ gebracht hat: das Problem der Teilung der Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der „fortschreitenden“ Demokratie, also der Koalition als Ziel proletarischer Politik, und ebenso das Problem der Teilung der ökonomischen Macht im Betriebe durch die Mittel der sogenannten Wirtschaftsdemokratie. Überall ist es derselbe Grundgedanke von einer Zusammenarbeit des Proletariats mit den herrschenden Klassen in der politischen, ökonomischen und militärischen Organisation unter dem Gesichtspunkte, dass das Proletariat schon im Klassenstaate gemeinsame Interessen mit den herrschenden Klassen hat, Interessen des Volksganzen, des Wirtschaftsprozesses und der Landesverteidigung, welche die strenge Geltendmachung des Klassenkampfstandpunktes einschränken, ja, diesen sogar einem „Dienst am Ganzen“ unterordnen müssen.

Die Irrtümer dieser neurevisionistischen Denkweise auf staatspolitische Fragen haben wir bereits im 2. Kapitel zur Genüge aufgezeigt. Hier wollen wir nun auf einige Punkte hinweisen, in denen sie auch in wehrpolitischer Hinsicht ihren theoretisch verwirrenden und praktisch die Klassenkraft des Proletariats schwächenden Einfluss dartun.

2. Die Abrüstung.

Um den entscheidenden Punkt hervortreten zu lassen, um dessen Klarstellung es sich eigentlich handeln muss, wird es gut sein, vor allem dasjenige festzustellen, worüber kein Streit sein kann. Das ist zunächst der in vielen internationalen Beschlüssen und zuletzt wieder in Brüssel feierlichst bekundete Grundsatz, dass die Sozialdemokratie die *vollständige Abrüstung* zu Land, zu Wasser und in der Luft sich zum Ziele setzt. Dieses Ziel soll in erster Linie durch einen ständigen und energischen *Massendruck* auf die Regierungen der Staaten und durch eine ebensolche Aktion in den Parlamenten angestrebt werden, wobei dieser Weg „entschlossen betreten werden muss, ohne dass man, wie dies die Grossmächte wünschen, warte, bis ein neuer Grad der Sicherheit erreicht ist“. Und wenn auch diese Abrüstung am ehesten sich durch internationale Abkommen durch- [28] führen lässt, so betont doch die Brüsseler Resolution, dass die sozialistischen Arbeiterparteien darum zu kämpfen haben, dass *auch ohne* diese Internationalität der Abrüstung „*jeder Staat* aus eigenem Willen seine Rüstungen *vorher schon einstelle oder einschränke*“.

Schon jetzt sehen wir, dass es zu dieser klaren Richtungslinien sehr schlecht passt, wenn eine sozialdemokratische Partei oder gar ihre Minister für irgendwelche Heeres- oder Marineforderungen stimmen. Denn wo bleibt dann die von der Brüsseler Resolution verlangte „ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten“ zum Zwecke eines Druckes auf die Regierung im Sinne der Abrüstung, wenn man selber die Hand zur Herstellung der Rüstung bietet? Gewiss ist die Deutschland aufgezwungene Beschränkung seiner militärischen Kräfte eine nackte Gewalt der Siegermächte: aber es ist doch zufolge die Dialektik aller geschichtlichen Vorgänge gleichzeitig der großartige Anfang einer neuen Entwicklungslinie: ein gewaltiges Volk ohne gesetzlichen Militarismus inmitten einer staatlich militarisierten, waffenstarrenden Umwelt, *ein Anfang der Abrüstung* nicht in einem bedeutungslosen Ländchen, sondern in einem der volklich, ökonomisch und kulturell wichtigsten Länder der Erde. Was die Nationalisten und Imperialisten Entwaffnung nennen und nach dessen Beseitigung sie streben, das hat die revolutionäre Sozialdemokratie aus einem auferlegten Zwang zu einem bewussten Mittel der Befreiung zu machen. Indem sie so ein leidvolles Schicksal zu einem sonst kaum erreichbaren *Anfangspunkt ihrer weiteren Abrüstungspolitik im eigenen Lande* macht, gibt sie damit den Bruderparteien das Beispiel einer entschlossenen antimilitaristischen Politik des Proletariats. Allerdings bedarf sie hierzu einer Sicherung. Aber diese Sicherung, auf die sie bestehen kann und muss, ist nur die strenge, unablässige Forderung an die Proletariate der übrigen Staaten, umso entschiedener und mit von jeder „Staatsverantwortung“ freien Rücksichtslosigkeit den Militarismus ihres Landes zu bekämpfen und zu schwächen. Hierdurch würde zugleich erst die Internationale eine über die schönen Worte ihrer Beschlüsse hinausreichende Realität erhalten. Das Dogma von der Nichteinmischung in die Angelegenheiten einer anderen Partei hört bei der wirklichen Lebendigmachung der proletarischen Internationale auf. Hier entspricht der Entwaffnung des deutschen Volkes durch die Siegermächte die unablässige Zerstörungspolitik der proletarischen Bruderparteien außer Deutschland gegen ihre „nationale Wehrhaftigkeit“, gegen ihren Militarismus und die stete Kontrolle der deutschen Sozialdemokratie über die Durchführung dieser Klassenpflicht.

Übrigens darf nicht übersehen werden, dass die Übereinstimmung in Bezug auf die Notwendigkeit der Abrüstung [29] zwischen der rechten und der linken Richtung in der Partei viel kleiner ist, als man auf den ersten Blick meinen könnte, ja, dass sie im Grunde nur eine scheinbare ist. Das ergibt sich deutlich, wenn wir an die von der Kommission des Parteivorstandes für den Magdeburger Parteitag vorbereiteten „Richtlinien zur Wehrpolitik“ anknüpfen. Diese beschäftigen sich in Absatz II mit der Abrüstung. Aus der

Art, wie dies geschieht, sieht man, dass hier das Abrüstungsproblem in erster Linie als ein politisches Staatenproblem betrachtet wird, das lediglich durch internationale Abkommen gefördert und erledigt werden kann. Aber so sicher es ist, dass die Sozialdemokratie die internationale staatliche Abrüstungspolitik auf das entschiedenste zu fördern und zu unterstützen hat, wie sie ja auch stets dafür eingetreten ist, so z. B. seinerzeit sogar für den Abrüstungsvorschlag des Zaren, so ist doch für jeden marxistischen Sozialisten klar, dass dies nicht in den *prinzipiellen* Teil eines *sozialistischen* Abrüstungsprogrammes gehört, sondern nur in das Aktionsprogramm, welches die taktischen und Übergangsbestrebungen des Proletariates zur Sicherung und Vorbereitung seiner eigenen Ziele enthält. Denn darüber müssen sich heute seit dem Schicksale der Genfer Abrüstungsaktion und der Komödie des Kelloggpaktes, der zugleich mit den geheimen Kriegsverträgen zwischen England und Frankreich veröffentlicht wurde, alle klar sein, dass die Abrüstung nur in jenem Maße zu einer historischen Wirklichkeit werden kann und wird, als die Kriegsverweigerung des Proletariates praktisch wirksam wird. Nicht durch internationale Verträge, die im Ernstfalle noch immer zu einer beliebig knetbaren Form, wenn nicht gar zu einem bloßen Blatt Papiere geworden sind, sondern *nur durch die internationale einheitliche militaristische Politik des Proletariates* kann die Abrüstung aus einer diplomatischen Hinterhältigkeit zu einer realen Friedenskraft werden. Sie verlangt also, klar heraus gesagt, die *gleiche ablehnende Stellung* des Proletariates zur sogenannten *Vaterlandsverteidigung* in allen Ländern. Und die einzige wirklich sozialistische Abrüstungspolitik kann daher nur die geistige und moralische Abrüstung der Kriegsbereitschaft in den Massen auch „für den letzten Fall“, d. i. für den Fall der Verteidigung des Vaterlandes, sein zugunsten des entschlossenen internationalen Willens zur Verteidigung der sozialen Revolution gegen die eigene Bourgeoisie. Diese Art der Abrüstung ist aber freilich nicht, wie die „Richtlinien“ meinen, „die historische Mission der deutschen Republik“, wohl aber die des internationalen Proletariates.

Aber auch noch in einem anderen Punkte ist die Übereinstimmung über die Abrüstung zwischen Rechts und Links eine sehr geringe. Denn die „Richtlinien“ sprechen nur von der [30] *militärischen* Abrüstung. Aber dieser Begriff der Abrüstung ist durch die moderne Entwicklung der Kriegstechnik bereits längst überholt³. Denn immer mehr entscheidet das Maß der industriellen, chemischen und verkehrstechnischen Leistungsfähigkeit eines Landes über die wirklich von demselben aufzubringende Wehrkraft. Darum

³ Vergleiche hierzu die gedanken- und inhaltreiche Broschüre von Paul Levi „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“, Berlin 1929.

hat auch der Programmentwurf der Linken ausdrücklich darauf verwiesen, dass zur Abrüstung heute mehr gehört als bloß die Beseitigung der Armeen und Kriegsschiffe, nämlich „die ständige und lückenlose Kontrolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Landes durch die Organisation des Proletariates“⁴. Dies aber setzt voraus, dass das Proletariat beizeiten mit dieser Aufgabe vertraut gemacht wird, dass es also geschult wird nicht mehr in den Kategorien pazifistischer Abrüstungsvorstellungen und in den patriotischen Ideen der bürgerlichen Landesverteidigung zu denken, sondern dass es sich endlich die Vorstellung der Notwendigkeit der Kriegsverhinderung durch Stillsetzung und Beherrschung der Kriegsindustrien und Kriegsmittel zu eigen macht. Erst auf diese Weise wird es die geistige und physische Bereitschaft für die Durchführung seiner historischen Aufgabe erlangen. Und so führt diese Auffassung des Abrüstungsproblem es weit weg von jeder reformistischen Geisteshaltung, die mit ihrer Kriegsbekämpfung sich im Wesentlichen auf die parlamentarisch-staatliche Regelung und auf die Wege des Völkerbundes verlässt, und wendet sich zu alten marxistischen Gedanken zurück, dass auch hier das e del Befreiung des Proletariates nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

3. Die Demokratisierung der Wehrmacht.

Unbestritten ist weiter die ebenfalls in der Brüsseler Resolution niedergelegte Forderung der *Verfügbarmacht der Parlamente über Heer und Flotte* und der vollständigen *Demokratisierung der Armee*, also im Falle des Deutschen Reiches der Reichswehr. Ob dies Forderungen sind, die bei der heutigen Struktur der ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Deutschland nicht überhaupt erst bei einer solchen Kraftentfaltung der Sozialdemokratie erfüllbar werden, bei welcher auch viel weitergehende Ziele des Proletariats verwirklicht werden könnten, [31] wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls kann die Schwierigkeit der Durchsetzung dieser Forderungen kein Grund sein, nicht für sie desto mehr zu kämpfen und sie *insbesondere zum Angelpunkt jeder Koalitionspolitik zu machen*, wovon aber gerade bei der heutigen Koalition gar keine Rede ist. Aber ebenso wichtig wie die Betonung und Verfechtung dieser selbstverständlichen Forderungen muss die gleichzeitige Bemühung sein, die Partei vor der *gefährlichen Illusion* zu bewahren, als ob diese Parlamentsmacht

⁴ „Vorschläge für Programmformulierungen zum Wehrproblem“. Abs. I, abgedruckt in „Der Klassenkampf“, Jhg. 3, Nr. 1, und in der Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“, herausgegeben „Klassenkampf“, S. 3.

über die Kriegserklärung und Mobilisierung sowie die Demokratisierung des Heerwesens schon ein ausreichender Schutz des Proletariats nach außen und innen, d. h. gegen Krieg und gegen kapitalistisch-reaktionäre Vergewaltigung, wäre. Was das erstere betrifft, hat die Brüsseler Resolution mit Recht es für nötig gehalten, „die Arbeiter aller Länder daran zu erinnern, dass der Krieg, erst wenn der Sozialismus gesiegt hat, endgültig überwunden sein wird“. Denn der Kapitalismus, so führt die Resolution aus, erzeugt die imperialistische Politik und diese den Krieg. „Solange die Regierungen eine imperialistische Politik verfolgen, gibt es keinen sicheren Frieden.“ Und solange, müssen wir hinzufügen, es Sozialisten gibt, die das Interesse der nationalen Wirtschaft ihres imperialistischen Landes als Volksinteresse, als Staatsverantwortlichkeit, als Vaterlandsverteidigung höher stellen als das internationale Interesse des Proletariats an dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, wird auch die Anwesenheit solcher Sozialdemokraten als Minister in der Regierung nicht viel zur Stärkung der Friedenssicherung, geschweige denn zur Förderung des Sozialismus beitragen. Nicht also schon die Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte, sondern erst die *unbedingte Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen alle Formen kapitalistischer Kriege*, ob sie nun im Gewande der Angriffs- oder Verteidigungskriege erscheinen, infolgedessen auch gegen alle Formen kapitalistischer Wehrverfassungen, schafft die wirkliche Gewähr einer Sicherung des Proletariats und des Kampfes für den Sozialismus.

Ebenso wenig ist die Demokratisierung des Heerwesens eine Maßregel, die schon als eine Sicherung des proletarischen Kampfes oder gar der Entwicklung zum Sozialismus angesehen werden dürfte. Der Satz des Heidelberger Programms, welches „Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik“ fordert, ist für den Standpunkt des sozialistischen Klassenkampfes genauso illusionistisch und irreführend wie der des Linzer Programms, der die Erziehung der bewaffneten Korps zur „Treue zur Republik“ verlangt. Denn als ein zu- [32] verlässiges Organ der Republik ist die deutsche Reichswehr in Sachsen einmarschiert, um gegen Proletarier zu kämpfen, für die durch massenhaftes Abschießen von Proletariern in den Straßen Wiens am 15. Juli 1927 bewiesene Treue zur Republik wurden Offiziere und Mannschaften der Staatspolizei von den höchsten Würdenträgern des Staates im Namen der Republik beglückwünscht und dekoriert. Die Betonung der Republiktreue in beiden Parteiprogrammen entspricht nur der besonderen Jugendlichkeit der deutschen und österreichischen Republik, die in den ersten Jahren (und zum Teil noch heute) mit einer monarchistischen Reaktion zu rechnen hatte. Seitdem aber der Kapitalismus auch innerhalb dieser jungen Republiken wieder erstarkt ist und seine ökonomische Macht auch innerhalb der Formen

der republikanischen Demokratie sich wieder entfalten kann wie innerhalb der früheren Monarchie, seitdem die Bourgeoisie sieht, dass die Klassenjustiz ebenso im Namen der Republik wie im Namen Seiner Majestät des Kaisers funktioniert und dass schließlich die Gummiknütel der Republik genauso hauen wie die Säbel des Kaiserreiches, hat die Bourgeoisie immer mehr sich ebenfalls auf den Boden der Republik gestellt und wird „die Treue zur Republik“ jetzt *sogar ein Machtmittel mehr für die Bourgeoisie* im Kampfe gegen den „die Republik bedrohenden Umsturz“ des klassenrevolutionären Proletariats. Die Demokratisierung der Armee ist für uns eine ebenso unerlässliche Forderung wie die Demokratisierung der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung aber sie ist ebenso wie in allen diesen Richtungen nur die moderne Form des Klassenkampfes, d. h. diejenige Form, in welcher die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft endlich unverhüllt einander gegenüberreten. Die Demokratie entfaltet daher ihren fortschrittlichen Wert im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus erst dann, wenn das Proletariat sie nicht bloß mit republikanischem Geiste erfüllt, sondern mit klassenrevolutionärer Gesinnung, von der aus Demokratie und Republik nur mehr Mittel neben anderen sind, über die Stufe des Klassenstaates hinauszukommen. Die Erfahrungen in Osterreich haben überdies gelehrt, wie wenig selbst eine weitgehende Demokratisierung das Heer davor bewahren kann, schließlich doch ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Reaktion zu werden. Nur eine sozialistische antimilitaristische Aufklärungsarbeit, welche die Gedanken und Gesinnungen des revolutionären Klassenkampfes in alle Schichten des Proletariats trägt, besonders auch in das Landproletariat und vor allem in die Jugend, wird und muss schon die Quellzuflüsse erfassen, aus denen die Wehrmacht im Klassenstaate sich immer wieder ergänzt, und wird somit die Vorbedingung einer Umgestaltung desselben von innen aus schaffen. [33]

4. Landesverteidigung und Neutralitätsschutz

Der eigentliche Streitpunkt aber ist nun die Frage: Können wir für militaristische Forderungen nicht wenigstens dann stimmen, wenn diese zur notwendigen Verteidigung des Staates erforderlich sind? Ja, müssen wir dies nicht sogar in Erfüllung einer Pflicht zur Landesverteidigung und aus dem Gesichtspunkte der Staatsverantwortlichkeit heraus und besonders dann, wenn wir so stark geworden sind, dass es auch auf unsere Stimmen ankommt, da wir ja sonst das Land „wehrlos“ machen würden? Damit sind wir bei dem vielumstrittenen Problem der Landesverteidigung angelangt. Aber es ist nur deshalb so viel umstritten, weil hier die Diskussion besonders stark an allen jenen traditionellen und im Grunde bürgerlichen Vorstellungen, ja Vorurteilen leidet, die auch sonst die reformistische Richtung stützen. Vor

allem aber ist es hier eine ganz unkritische (undialektische) Vorstellung vom „Land“ und von seiner „Verteidigung“, die gerade bei marxistischen Wortführern des Proletariates verwundern muss. Aber freilich gilt ja der Marxismus bei nur allzu vielen als „veraltet“, und sie ersetzen ihn durch freilich nicht gerade „neuen“ Nationalismus oder ebenso wenig „neue“ Sentimentalität.

Das Land als solches ist bloß ein geographischer Begriff; soziologisch betrachtet aber ist es heute ein Klassenstaat. Und Verteidigung als solche ist eine bloße Funktion der Sicherung und Selbsterhaltung; in Bezug auf ein Land ist sie etwas Verschiedenes, je nachdem, ob dieses Land ein Klassenstaat oder eine klassenlose Gesellschaft ist, und im ersteren Falle wiederum je nachdem, welche Klasse Träger dieser Verteidigung ist, die besitzende oder die besitzlose. Es gibt also keine „Landesverteidigung“ im Allgemeinen, sondern stets werden eine bestimmte Rechts- und Besitzordnung des Landes, also auch bestimmte Herrschaftsinteressen, verteidigt. Und daraus folgt, dass die „Landesverteidigung“ gar keine allgemeine Sache der Bewohner eines Landes sein muss, ja oft sogar von einem hohen idealen Standpunkt aus gar nicht sein kann. Als z.B. das Christentum noch eine tiefe lebendige Gläubigkeit bei seinen ersten Anhängern war, standen sie bekanntlich dem Staat und allen diesseitigen Interessen kühl bis ans Herz hinan gegenüber und waren infolgedessen leidenschaftliche, bis zum Märtyrertod begeisterte Gegner des staatlichen Kriegsdienstes. Und noch der heilige Augustinus – hier gibt ein Kirchenheiliger in Bezug auf Ehrlichkeit der Gesinnung und Prinzipientreue manchen heutigen Prinzipienjongleuren sozialdemokratischer Realpolitik ein schönes Beispiel – lehrte, dass es für den Christen eigentlich gleichgültig sei, unter welcher Herrschaft er lebe, unter der des römischen Kaisers oder eines Barbaren, wenn er [34] nur selbst Christ bleiben könne. Und 1500 Jahre später stand *J. G. Fichte* den deutschen „Befreiungskriegen“ sehr kritisch gegenüber, indem er meinte, nur wenn sie zur Begründung eines freien Deutschlands führten, lohnten sich dieselben. Sonst schien es ihm gleichgültig, ob über die deutschen Länder ihre angestammten Krautjunker herrschten oder Generale Bonapartes, die wenigstens Söhne der Revolution seien. Und so wie Fichte dachten viele der besten Deutschen, die in der frische „Fremdherrschaft“, welche doch zugleich die alten absolutistischen Zustände zusammenbrechen ließ, gar kein so großes Unglück für Deutschland erblickten und keine absolute Notwendigkeit zur „Landesverteidigung“.

Man sieht also, dass bei dem Begriff der Landesverteidigung es immer darauf ankommt, wer die Verteidigung kommandiert und *was* verteidigt wird. Und da ist es klar, dass die im heutigen Staate von den besitzenden Klassen, die den Staat vor allem ökonomisch beherrschen, kommandierte

Landesverteidigung, obgleich sie im Namen des Vaterlandes und des Allgemeininteresses erfolgt, doch nur die Verteidigung ihrer Herrschaftsstellung zum Inhalte hat. Sie trägt daher eigentlich mit Unrecht den Namen der Landesverteidigung, insofern mit diesem Wort ein Gemeinschaftsverhältnis bezeichnet wird. Denn *in Wirklichkeit verteidigen die Klassen gar nicht das Land*, sondern ihre Vormachtstellung auf ökonomischem und politischem Gebiete, wozu sie imstande sind, weil sie über die staatliche und militärische Organisation des Landes verfügen. Von einer Landesverteidigung im allgemeinen Interesse könnte innerhalb des Klassenstaates höchstens dort die Rede sein, wo eine bestimmte Höhe der gesellschaftlichen und politischen Kultur durch den Angriff einer niedriger stehenden barbarischen oder unkultivierten Macht erfolgte. Dies war der ganz einzigartige Gefahrenfall des 19. Jahrhunderts, nämlich die Gefahr des Überfalls europäischer Kultur durch den Zarismus. Nur auf diesen Fall beziehen sich die älteren Vorstellungen von einer das Proletariat mit der Bourgeoisie verbindenden Landesverteidigung, wie sie in den Schriften von Marx und Engels und auch noch bei Bebel vorkommen. Diese einzigartige Konstellation ist aber mit der Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Russland und besonders schon seit der ersten russischen Revolution von 1905 endgültig vorüber, so dass alle Zitate, die gerade diejenigen, die sonst von Marx und Engels nichts wissen oder wissen wollen, so gerne aus ihren Schriften für die Idee einer Landesverteidigung beibringen, bei der auch das Proletariat willig die Flinte auf die Schulter nehmen und an die Seite der Bourgeoisie treten muss, nichts anderes beweisen, als die historische Unwissenheit und das dialektische Unvermögen der Zitierenden. erfolgte. [35]

Wenn wir nun aber selbst von einem allgemeinen Begriff der Landesverteidigung ausgehen wollten, so kann man sofort zeigen, dass dieser ganz ungenügend ist, um als Maßstab dafür zu dienen, in welchem Umfange vom proletarisch-sozialistischen Standpunkte aus eine Kriegsrüstung *gerechtfertigt* wäre und daher mitgemacht werden müsste. Denn da der imperialistische Eroberungscharakter aller heutigen Machtpolitik alle Staaten geradezu zwangsmäßig zum *Wettrüsten* führt, so ist vom Standpunkte der Verteidigung jedes Landes selbst das allergrößte Maß der Rüstungen eben noch „notwendig“. Der Begriff der *notwendigen* Verteidigung führt uns also nur auf die Bahn des Sozialpatriotismus, ja, Sozialimperialismus, die dem internationalen Proletariat schon einmal verhängnisvoll geworden ist. Hier kann vielmehr nur der alte Grundsatz, unter dessen Befolgung die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege von Sieg zu Sieg schritt und vorbildlich für die ganze Internationale wurde, wiederum den Weg weisen: Dem

Wehrsystem des bürgerlichen Klassenstaates bewilligen wir *keinen Mann und keinen Groschen!*

Bedeutet das aber nicht, dass wir aus bloßem Doktrinarismus heraus den Staat wehrlos machen und jeder Willkür der lauernenden imperialistischen Nachbarn preisgeben? Heißt das nicht, den Boden der harten Realitäten ganz unter sich verlieren? Ich glaube nicht, dass dieser Einwand zutrifft, sobald wir nur einmal diese Realitäten unter proletarischem Gesichtswinkel betrachten. Dazu gehört vor allem zu erkennen, dass unsere Stellung zum Wehrproblem eine *notwendig andere* ist, solange das Proletariat noch *in der Opposition* ist, und eine andere, sobald es erst *in der Majorität* sein wird. Unsere Gegner haben oft gespottet, dass unsere prinzipielle Gegnerschaft zu Krieg und Militarismus ein Luxus sei, den wir uns nur gestatten können, solange wir sicher sind, dass *die anderen*, die bürgerlichen Majoritäten, ohnedies das Nötige zur Verteidigung des Staates tun werden. Und leider hat sich auch in unseren Reihen diese Ansicht in der Weise verbreitet, dass viele meinen, wir könnten uns diesen Luxus heute eben nicht mehr gestatten, weil wir zu groß geworden seien und dann am Ende nicht mehr koalitionsfähig wären. In der jüngsten Zeit hat diese Richtung sogar zu einer besonderen Errungenschaft des neuen realpolitischen Sozialismus geführt, der eine gewisse Originalität nicht abzusprechen ist, wenn sie auch die ganze Jämmerlichkeit dieser Wandlung kundtut: dass man nämlich als Fraktion „selbstverständlich im Reichstag gegen den Panzerkreuzer stimmt, aber die sozialistischen Minister in der Regierung drinlässt, die den abgelehnten Beschluss Unterscheidung einer verschiedenen Stellung auszuführen hat! Mit solcher Denkungsart hat unsere obige Unterscheidung einer verschiedenen Stellung der Partei zum [36] Wehrproblem, je nachdem sie noch in der Opposition oder schon in der Herrschaft ist, natürlich nichts zu tun. Diese Unterscheidung bedeutet vielmehr folgendes: Wir stehen auf dem Standpunkt, dass im Klassenstaate das Wehrsystem, solange der Kapitalismus herrscht, keine andere Funktion hat als die der äußeren und inneren Sicherung und Stärkung von Kapitalinteressen. Gerade deshalb muss aber der kapitalistische Staat mit dem allgemeinen Sinn der Landesverteidigung immer mehr in Widerspruch geraten. Mit der fortschreitenden bewussten Loslösung der Interessen der manuellen und geistigen Arbeiterschaft und großer Schichten der freien Berufe sowie der ländlichen Arbeiter und kleinbäuerlichen Kreise von ausgesprochenen Kapitalsinteressen wird der Militarismus als Schutz der Klassenherrschaft der Besitzenden allen diesen Schichten immer fremder werden. Auf diese Weise wird der bürgerliche Staat immer mehr außerstande, die wirkliche Verteidigung *aller* Bürger des Landes zu besorgen, wie die kapitalistische Produktionsweise bereits außerstande ist, die wirkliche Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsgenossen zu bewerkstelligen. Das

sozialistische Proletariat muss daher prinzipiell gegen alle Militärforderungen sein, nicht aus pazifistischen Gründen – der sozialistische Klassenkampf ist nicht pazifistisch –, sondern weil es sich noch nicht um *seine* Verteidigung handelt, um die Wehrorganisation, die das revolutionäre Proletariat und der proletarische Staat braucht. Das sozialdemokratische Proletariat wird, sobald es die Macht im Staate erobert, seine Wehrorganisation einrichten: die zur Verteidigung des werdenden Sozialismus und gegen die kapitalistischen Anfeindungen von außen und innen nötige Waffenmacht. Bis dahin bekämpft es die bürgerlich-kapitalistische Waffenmacht, zu der beizutragen der kapitalistische Staat das Proletariat *bloß zwingt*, und überlässt die Sorge des Aufbaues und die Verantwortung dafür den bürgerlichen Klassen. Es muss sich daher auch besonders davor hüten, in solche Koalitionen zu gehen, wo es noch nicht stark genug ist, in allen Wehrfragen *seine* Interessen durchzusetzen. Denn sonst übernimmt es zu der Machtlosigkeit in diesem Punkte auch noch die Last der Mitverantwortung, die nicht dadurch ausgeschlossen wird, dass man zwar gegen Militärforderungen stimmt, aber in dem Ministerium bleibt, das sie durchführt. Sowie das sozialdemokratische Proletariat den kapitalistischen Produktionsapparat übernehmen wird, um ihn im Dienste der Gemeinschaft weiterzuführen, bis dahin aber ihn als Ausbeutungsmaschine des Kapitals betrachtet, so wird das Proletariat auch den Wehrapparat übernehmen und erforderlichenfalls sogar ausgestalten, sobald es sich um seine eigenen Interessen, d. h. um die Interessen der werdenden klassenlosen Gesellschaft [37] handelt, wird aber bis dahin diesen Wehrapparat als eine Unterdrückungsmaschine gegen den Sozialismus betrachten und bekämpfen.

Die Forderung der Beseitigung der Wehrmacht bedeutet also nicht Wehrlosmachung des Landes. Wer dies so auffasst, der geht von einer sinnlosen Auffassung aus, als ob nämlich schon die Aufstellung der Forderung die Beseitigung des bürgerlichen Wehrsystems, des Militarismus, bedeuten würde, also gleichsam dieser über Nacht beseitigt werden könnte. In Wirklichkeit bedeutet aber diese Forderung die bewusste Einleitung eines geschichtlichen Prozesses, der, ob er nun von kürzerer oder längerer Dauer sein wird, jedenfalls eine Zeit durchlaufen muss, in welcher eben die Menschen und die Umstände in die Richtung geändert werden, welche zur Erfüllung dieser Forderung führt⁵.

⁵ Merkwürdigerweise hat auch O. Bauer in seinem von viel Bewegung und Widerspruch gefolgt Artikel „Wehrfrage und Sozialdemokratie“ in der Wiener sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kampf“ (Jahrg. 1929, Heft 3) einen ähnlichen Einwand erhoben. Vergleiche dazu meine Antwort auf Bauers Artikel im Heft 5 des „Kampf“. Die daselbst erschienene kurze

Man wird schließlich vielleicht meinen, dass wir doch auf einen wichtigen Punkt nicht Rücksicht genommen hätten, nämlich auf den notwendigen Schutz der Neutralität, der auch ein direktes Interesse des Proletariates sein kann, wenn es sich z. B. um einen imperialistischen Krieg gegen Sowjetrussland handelt. Allein demgegenüber ist zu sagen, dass im Falle eines ernstlichen Bruches der Neutralität die heute mögliche Rüstung des Deutschen Reiches im Zeitalter der Tanks und Kriegsmaschinen, des Gas- und Luftkrieges ohnedies, selbst wenn man sie als eine Kaderformation betrachtet, keine wirkliche Sicherheit bedeutet. In Fällen eines notwendig werdenden Neutralitätsschutzes bietet eine vom Proletariat getragene Volksbewegung, die sich der Leitung des Neutralitätsschutzes und der Kriegsindustrie bemächtigen würde, eine viel größere Garantie. Aber gerade an diesem Punkte wird besonders offenbar, dass ein sozialdemokratisches Wehrprogramm viel mehr als auf die nationale Rüstung durch Waffen Gewicht legen muss auf die internationale Rüstung der Köpfe und Gemüter des Proletariats. Der sicherste Schutz der deutschen Neutralität ist, dieses Land zu einem Anfangspunkt sozialistischer Abrüstung zu machen, so dass jeder französische oder englische Proletarier sich ebenso schwer gegen Deutschland wird verwenden lassen, wie das heute schon gegen Sowjetrussland seine Schwierigkeiten haben dürfte. Der Weg eines [38] solchen Wehrprogramms ist sicher sehr schwierig und vor allem langwierig, verlangt auch in der Gegenwart, indem er koalitionsunfähig macht, manche Preisgebung von Scheinmacht. Aber er ist doch der Weg, der den Willen des Proletariats nicht nur eine sichere Bahn führt, auf der er schließlich sein Ziel erreichen muss, sondern der schon vorher durch Vermeidung von Illusionen und Selbstwidersprüchen den Kampfgeist des Proletariats stärkt, seine Stoßkraft konzentriert und so die Entwicklung zum Sozialismus schließlich immer mehr beschleunigt. [39]

Erwiderung Bauers, die eigentlich mehr eine Richtigstellung unterlaufener Missverständnisse ist, erledigt sich in ihrem polemischen Teil durch den Inhalt der vorliegenden Broschüre, ja eigentlich durch den Inhalt des von Bauer angefochtenen Aufsatzes selbst.

Viertes Kapitel.

Richtlinien der Richtungslosigkeit.

1. Wozu braucht man ein Programm?

Was uns die bisherigen Darlegungen an prinzipieller Klärung des sozialistischen Wehrproblems gegeben haben, wird nun noch bekräftigt und ergänzt, wenn wir uns zum Schlusse mit den „Richtlinien zur Wehrpolitik“ beschäftigen, welche die vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie eingesetzte Kommission der Parteidiskussion unterbreitet hat. Wir brauchen dabei nicht ins Einzelne einzugehen, weil diese Richtlinien ja bereits vielfach einer strengen und mit Recht ablehnenden Kritik unterzogen worden sind. Wir können uns hier vielmehr auf die Prüfung des allgemeinen Charakters dieser Richtlinien einschränken. Und da ist gerade dies das erste und wesentliche, was sich uns ergibt, dass dieser Entwurf der Rechten eine prinzipielle Orientierung an den Bedürfnissen und Zielen des internationalen sozialistischen Klassenkampfes des Proletariats völlig vermissen lässt. Die vorgeschlagenen Formulierungen treten daher auch gewiss nicht ohne Absicht so bescheiden als bloße Richtlinien auf. Wurde doch gegenüber dem schon öfters erhobenen Vorwurf, dass sie auf eine grundsätzliche sozialistische Begründung verzichten, zu ihrer Verteidigung hervorgehoben, die Kommission hätte doch kein „Programm“, sondern eben nur „Richtlinien“ veröffentlicht. Aber dann hätten es doch jedenfalls Richtlinien zu einer *sozialistischen* Wehrpolitik sein müssen. In Wirklichkeit sind es bloß Richtlinien für eine solche Wehrpolitik geworden, mit der man die bisherige richtungslose Koalitionspolitik fortsetzen kann. Und da muss hier doch ein Wort über Zweck und Nutzen eines Programms gesagt werden, so sehr auch dieses Wort demselben Schein der Banalität ausgesetzt ist, wie vorhin die Forderung des internationalen Bewusstseins, weil beides leider doch nicht für alle Genossen selbstverständlich ist.

Es ist sicherlich richtig, dass der revolutionäre proletarische Klassenkampf in der praktischen Politik nicht überall und nicht sofort seine Ziele durchsetzen kann und daher mannigfache Umwege einschlagen, oft auch mancherlei Kompromisse schließen muss. Dies ergibt sich daraus, dass *seinem* revolutionären Willen eben der Wille der *anderen* entgegensteht. Aber gerade je mehr dies letztere der Fall ist und je mehr da- [40] her das Proletariat in die Lage kommt, sich mit dem Klassengegner auseinandersetzen zu müssen, umso mehr muss es *seinen eigenen Willen kennen und festhalten*. Und dazu dient eben das Programm, *das also nicht schon selbst ein Kompromiss enthalten darf*, sondern erst einmal das eigene Interesse und das eigene Ziel der Klasse des Proletariats mit aller nur möglichen Schärfe aussprechen muss. Deshalb

haben seit dem „Kommunistischen Manifest“ alle Programme einen grundsätzlichen Teil und einen solchen, der die Anpassungen an den Gegenwartszustand enthält. Wer also Richtlinien zu einer sozialistischen Wehrpolitik aufstellen will, der muss vor allem bis zur Schroffheit klar sagen, was das nationale Proletariat hier *grundsätzlich* will, und erst von da aus ergibt sich dann Art und Möglichkeit der Richtlinien.

Auf diese Weise ist also die eigentliche Kernfrage jedes sozialistischen Wehrprogramms die Frage: Was *will* das internationale Proletariat und was muss es wollen? Die Antwort ist in unzähligen feierlichen Kongress- und Parteitagsbeschlüssen schon gegeben und liegt in der Theorie von Marx und Engels begründet vor: Es will die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und damit des Klassenstaates und muss sie wollen. Die „Realpolitiker“, die „Staatsmänner“ in den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, mögen diese Antwort „primitiv“ finden. Aber die höhere, ja bis zu den „Höhen“ der Ministerstühle und Präsidentensitze strebende Einsicht seiner Staatsmänner hat das Proletariat bisher nur allzu teuer bezahlt, nämlich mit dem Verlust seiner Einheit und der Stoßkraft seiner revolutionären Bereitschaft. Dieses unverrückbare Ziel des Sturzes der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Machtformen ergibt also den selbstverständlich Ausgangspunkt für alle Richtlinien: dass es sich für uns in erster Linie überhaupt niemals um irgendeine Reform der Wehrmittel des bürgerlichen Staates handeln kann, und ebenso Vorschläge zur Humanisierung der Kriege, sondern nur absolute Verweigerung aller militärischen Machtmittel gegenüber dem bürgerlichen Staate und um grundsätzliche Bekämpfung aller seiner wie immer gearteten Kriege. Nur ein solcher Standpunkt kann die Internationalität der revolutionären proletarischen Aktion wirklich vorbereiten respektive festigen. Denn nur ein solcher klarer Beschluss einer sozialdemokratischen Partei *gegenüber ihrem eigenen bürgerlichen Staate* raubt den Reformisten, Sozialpatrioten und Konfusionären in den *anderen Ländern* das wichtigste Argument, nämlich den Hinweis auf die Bereitschaft auch anderer nationaler proletarischer Parteien zum Wehrwillen und zur eventuellen Kriegsunterstützung innerhalb des bürgerlichen Staates. Sie belastet dann erst wirklich die bürgerlichen Klassen allein [41] mit der Verantwortung der Aufrechterhaltung des Militarismus, der Kriegsgefahr und der schließlichen Herbeiführung des Krieges selbst.

Von diesem grundsätzlichen Standpunkt einer sozialistischen Wehrpolitik ist in dem Entwurf der Richtlinien keine Spur zu finden. Der ganze Entwurf liest sich wie ein bloß pazifistisches, in diesem Sinne noch dazu sehr schwächliches Manifest von Allerweltsfreunden des Friedens, nicht aber wie ein revolutionäres Programm der deutschen Arbeiterklasse als eines Teiles des Weltproletariates. Daher fehlt in allen Artikeln des Entwurfes die

Berufung auf den revolutionären Klassenkampf gegen den bürgerlichen Staat und seine Machtmittel als die einzige wirkliche Bekämpfung des Militarismus und Krieges. An deren Stelle marschieren überall die fadesten und gerade durch die moderne Entwicklung nach dem Kriege als schädliche Illusionen entlarvten Sentimentalitäten des bürgerlichen Pazifismus auf. Im 1. Abschnitt fordert der Entwurf die „friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte“, im 2. Abschnitt die vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen“, im 3. Abschnitt die Sicherung der deutschen Republik durch „eine auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtete Außenpolitik“, im 4. Abschnitt die „Neubefestigung des Völkerrechtes im Sinne der Humanität“ und in 5. Abschnitt die „Erziehung und den Unterricht der Arbeiter im Geiste des Friedens“. Zwar enthält der erste Abschnitt die Androhung selbst revolutionärer Mittel gegen eine Regierung, die einen Krieg entgegen einem Schiedsspruch beginnt, und im letzten Abschnitt wird, gleichsam um sich ein sozialistisches Alibi zu verschaffen, eine Verbeugung vor dem sozialistischen Endziel gemacht, ja sogar endlich vom Kampf des Proletariats gesprochen. Aber auch hier fehlt das klare aufrüttelnde Wort „Klassenkampf“ und der Hinweis, welcher den Klassenkampf als die unablässige moralische und physische Vorbereitung der proletarischen Weltrevolution hinstellt. Vielmehr wird mit jenem alles umfassenden und daher nichtssagenden Ausdruck, mit dem schon die Brüsseler Kompromissresolution das ominöse Wort des Klassenkampfes vermieden hatte, nur von „dem gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus“ gesprochen, womit denn auch glücklich der historische revolutionäre Sinn dieses Begriffes auf eine koalitionsfromme Formel gebracht ist. Dieser Schlussabschnitt der „Richtlinien“ und die Übernahme des Satzes aus der Brüsseler Resolution über den Widerstand gegen die Nichtbeachtung eines Schiedsspruchs – ein für die Machtkämpfe der *großen* imperialistischen Staaten fast imaginärer Fall – können also nichts an dem [42] Charakter des ganzen Entwurfes ändern, der bürgerlich, republikanisch und demokratisch-pazifistisch ist, statt proletarisch-international und sozialistisch-revolutionär zu sein.

2. Antwort an die Kritik von Rechts.

Wer das nicht schon aus dem Aufbau und dem Inhalt der „Richtlinien“ erkannt hat, dem musste es geradezu schmerzlich aus der Verteidigung klar werden, welche der Kommissionsentwurf durch Genossen Stampfer erfahren hat, indem dieser den Programmentwurf des „Klassenkampf“ als „Wehrwirrwarr“ abzutun versuchte. Wir werden hier nicht auf den in der linksgerichteten Parteipresse schon genügend zerfetzten Inhalt dieses erstaunlichen Artikels näher eingehen, der jeden nur halbwegs tüchtigen

Absolventen einer Parteischule in die peinlichste Verlegenheit setzen musste, weil er die elementarsten Orientierungen des Marxismus vermissen ließ. Das Traurige daran ist, dass dieser Artikel, zu dem der Chefredakteur des Zentralorganes der Partei an leitender Stelle des Blattes aufgeboten wurde, wirklich die psychologische und die theoretische Grundlage sowohl zu den „Richtlinien“, wie zur ganzen Koalitions-gesinnung gibt, aus der sie stammen. Wenn man im Ernst unter Sozialdemokraten den Vorwurf erheben kann, sie hätten es unterlassen, vor Bekämpfung des bürgerlichen Staates zu erklären, was das überhaupt ist, ein bürgerlicher Staat (!), und wenn man ernstlich glaubt, der bürgerliche Staat höre schon durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der demokratischen Republik auf, es zu sein, dann fehlen freilich alle Brücken marxistischer Verständigung. Tut nicht auch hier die Rückkehr zu der „primitiven“ Erkenntnis not, dass jeder Staat, in welcher die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ein bürgerlicher Staat ist? Muss man wirklich, weil wir es heute so weit gebracht haben, nicht nur in einer demokratischen Republik zu leben, sondern sogar in einer solchen mit einem sozialdemokratischen Reichskanzler und noch drei anderen sozialistischen Ministern daneben, und doch zugleich mit der Kapitulation vor den Eisengewaltigen im Rhein-Ruhr-Gebiet – muss man da wirklich noch die Mahnung von *Engels* wiederholen, der in der Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ schrieb: „Man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich freigemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“ Daran ändert sogar die Eroberung der Mehrheit im Parlamente durch die Sozialdemokratie nichts, so- [43] lange erstens diese Majorität nicht eine *sozialrevolutionäre* Majorität, sondern nur eine aus den verschiedensten proletarischen Gegenwarts- und bürgerlichen Oppositionsinteressen zusammengeflossene Mehrheit ist; und zweitens solange der bloß politischen Machteroberung im Parlamente nicht die entsprechende außerparlamentarische Gewalt zur ökonomischen Entmachtung der besitzenden Klassen entspricht. Insolange diese beiden Bedingungen nicht zutreffen, ist daher auch jede Mehrheitsgewinnung im Parlamente und damit die Übernahme der Regierung mehr ein Unglück als eine wirkliche Förderung der Entwicklung zum Sozialismus. Denn sie zwingt der Partei und der von ihr gestellten Regierung gebieterisch die Aufgaben der bürgerlichen Staatserhaltung auf, welche trotz aller sozialpolitischer und demokratischer Fortschritte im Einzelnen sie gerade in den Fragen sozialistischer Wirtschafts- und Wehrpolitik in grundsätzliche Widersprüche mit den Interessen der internationalen proletarischen Aktion bringen müssen.

Daraus folgt nicht, wie diejenigen, denen es nicht um Aufklärung des Proletariats, sondern nur um Verbreitung ihrer eigenen Konfusion zu tun ist, nun höhnisch fragen werden: Sollen wir uns also vor der eigenen Majoritätsgewinnung fürchten oder sie gar hintertreiben? Vielmehr ergibt sich daraus nur die umso unerlässlichere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass *Majoritätsgewinnung* und *Revolutionierung des Proletariats*, sowie Steigerung seiner außerparlamentarischen Machtmittel *ein und derselbe Prozess* sind. In diesem Falle ist dann selbst eine Verlangsamung in der Erreichung der Majorität weitaus aufgewogen durch die Gewinnung wirklicher Macht und die Vermeidung gefährlicher Enttäuschungen.

Zu der Entlarvung durchaus bürgerlicher Grundeinstellung der „Richtlinien“ gehört auch die von Genossen Stampfer mit selbstgefälliger Ironie an die Gegner derselben gerichtete Frage, was denn, da doch zwischen bürgerlichem Staat und sozialistischer Gesellschaft ein Übergangsstadium sein muss, die Sozialdemokratie – „du lieber Himmel!“ – in dieser Übergangszeit machen soll? Ja, er meint, dass sich gar nicht so ohne weiteres unterscheiden lässt, ob man sich noch im „bürgerlichen Staate oder schon in der sozialistischen Gesellschaft“ befindet. Diese peinliche Ungewissheit muss freilich dann entstehen, wenn man die *Koalitionspolitik* mit ihren Sorgen für Panzerkreuzer, für Staatshaushalt ohne empfindliche Besitzsteuer, für Konkordat u. dgl. *schon für die Übergangszeit* hält, während sie in Wirklichkeit die Retablierung, ja zum Teil sogar die Offensive der wiedererstarkten kapitalistischen Gesellschaft ist, die sich, so wie seinerzeit im Kriege durch die Idee des Burgfriedens, jetzt durch die Idee der Staatsverantwortung große Teile des Proletariats seelisch einverleibt hat. Wie aber diese Übergangszeit [44] wirklich aussieht und was die Sozialdemokratie während derselben zu tun hat, das hat uns – „du lieber Himmel!“ – schon längst Marx gesagt, als er bereits 1875 in den Glossen zum Gothaer Programm zornig gegen ähnliche damalige Anschauungen schrieb: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ Daraus beantwortet sich auch die übergescheite Vexierfrage Stampfers, wann denn eigentlich der Staat aufhört, ein bürgerlicher zu sein? Mit solcher Gesinnung und solchen Anschauungen, wie Stampfer sie vertritt, hört er es niemals auf.

3. Die Ideologie der „Richtlinien“.

Während also auf diese Weise den „Richtlinien“ die Grundeinstellung marxistischer Politik fehlt, nämlich die nie versagende theoretische und emotionale innere Getrenntheit von den Aufgaben des bürgerlichen Staates, treten dafür zwei andere Gedanken als ihre eigentlich tragenden auf, von

denen wir schon gesehen haben, dass sie in die nebligste Atmosphäre der Vorstellungen vom Gemeinschaftsinteresse und Volksganzen führen. Es sind dies die Ideen von der Landesverteidigung und vom Schutz der demokratischen Republik.

Verweilen wir zunächst bei Letzteren. Es ist selbstverständlich, soll aber trotzdem gegenüber unwissender oder böswilliger Kritik an dem Linkssozialismus ausdrücklich betont werden, dass die Erhaltung und der Ausbau der demokratischen Republik für den sozialistischen Kampf des Proletariates nicht nur unerlässlich, sondern zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört. Aber nicht die demokratische Republik als Selbstzweck hat diese Bedeutung, sondern nur als eine der schärfsten Waffen im politischen Kampf gegen den bürgerlichen Klassenstaat. Die demokratische Republik ist für uns bloß der letzte Kampfboden für die sozialistische Republik. Daraus folgt, dass wir die demokratische Republik, die selbst in ihrer vollendeten Gestalt immer eine Form des Klassenstaates bleibt, sogar auch dann, wenn sie bereits unter der Herrschaft des Proletariats ein proletarischer Staat geworden ist, für uns keine bleibende Form der politischen Ordnung ist, in der eine wirklich allgemeine gesellschaftliche Freiheit und Kultur möglich ist. Und daraus folgt weiter, dass die Existenz einer Wehrmacht im heutigen Klassenstaate von diesem entwicklungsgeschichtlichen Interesse aus, das auf die Herbeiführung einer klassenlosen Gesellschaft gerichtet ist, nicht nur nicht erforderlich ist, sondern geradezu als [45] schädlich erscheinen muss. Der Republikschutz, den der Sozialismus braucht, ist gegeben durch ein klassenrevolutionäres und wehrhaftes, international und nicht staatlich orientiertes Proletariat und durch die gleichzeitige radikale Bekämpfung jeder Form des Militarismus durch absolute Verweigerung jeder ökonomischen und moralischen Unterstützung. Denn jede Form des Militarismus muss, solange der bürgerliche Klassenstaat besteht, ein Herrschaftsmittel in der Hand der Besitzenden sein, die ja gerade dann am sichersten herrschen, wenn ihre Ideologie von Vaterlandsinteresse und von Förderung der heimischen Wirtschaftsmacht ihnen auf demokratischem Wege die Gefolgschaft großer Massen ermöglicht. Daran ändert auch die „Erfüllung der Wehrmacht mit republikanischem Geiste“ gar nichts. Dieses Schlagwort ist heute zu einer der gefährlichsten Illusionen geworden und treibt auch im dritten Abschnitt der Richtlinien sein Unwesen. Es heißt dort, die Wehrmacht soll „im Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden sein“. Ja mit *welchem* Volke? Mit den Besitzenden, die doch auch zum „Volke“ gehören, oder mit den Besitzlosen? Mit dem revolutionären Volke oder mit dem braven, „nicht irregeleiteten“ Volke? Müssten wir nicht eigentlich verlangen: Verbundenheit mit dem Denken und Fühlen des sozialistischen Proletariates? Man sieht auf diese Weise sofort, dass die „republikanische“ Wehrmacht in ihrer überparteilichen

Neutralität eine Illusion ist, die bestenfalls eine Selbsttäuschung ist. Und vollends die Forderung der „Richtlinien“, dass die Wehrmacht sich als „ein dienendes Glied der demokratischen Republik einordnen“ soll, womit die „Richtlinien“ offenbar das Maximum der ihnen zugänglichen sozialistischen Gesinnung erklimmen haben, sollte denn doch nach dem furchtbaren Erlebnis des 15. Juli 1927 in Wien ein für allemal für Sozialisten erledigt sein. Denn als dienende Glieder der Republik und bedankt von den Würdenträgern der Republik für die ihr bewiesene Treue haben an diesem Tage die bewaffneten Organe der Republik die Arbeiter Wiens zusammengeschossen.

Gewiss, wir verlangen alle zweckdienlichen Reformen zur Demokratisierung und Parlamentarisierung der Wehrmacht und werden darin, wie der Entwurf des „Klassenkampf“ zeigt, noch radikaler sein als die „Richtlinien“. Wir verlangen dies, solange eben die herrschenden Klassen uns den Militarismus aufzwingen; aber *diesen selbst lehnen wir ab, und von uns aus* bewilligen wir daher keine Reichswehr. Können wir erst einmal allein regieren, dann werden wir die Proletarierwehr schaffen, die, wenn es nötig ist, auch ihr Land verteidigen wird. Im Zeitalter der industriellen Kriegführung ist diese Stellungnahme, da sie in erster Linie sich auf die Verfügungsgewalt über Arbeiter und Betriebe stützt, nicht nur möglich, [40] sondern auch viel leichter durchführbar als in der Zeit der früheren militärischen Kriegführung.

Bleibt noch die Landesverteidigung, wozu auch die letzte Rückzugslinie der Kriegsmittelbewilliger gehört, der Neutralitätsschutz. Hier kann ich mich nach alledem, was im ersten und dritten Kapitel ausgeführt wurde, sehr kurzfassen. Prinzipiell ist die Frage durch den Leitgedanken gelöst, welchen die Leipziger Parteiversammlung in die treffende Formel gefasst hat, dass für das sozialistische Proletariat Landesverteidigung bedeute den „Kampf um die Befreiung des Landes von der Herrschaft der Bourgeoisie“, was sowohl im Frieden wie besonders im Kriege gilt. Und auch praktisch kommt entscheidend der Gesichtspunkt in Betracht, dass die in Deutschland heute gesetzlich zulässige Wehrmacht ohnedies für kriegerische Landesverteidigung und für ebensolchen Neutralitätsschutz gar nicht ausreicht, sondern das Land nur den schrecklichsten Verheerungen des Krieges aussetzen würde. Die wirksamste Verteidigung und der sicherste Neutralitätsschutz sind im Ernstfalle die revolutionäre Erhebung des Proletariats, weil sie die gleichen Klassenkräfte in den angreifenden Ländern in Bewegung setzt, stärkt und schließlich sogar zum revolutionären Ausbruch bringen kann. Letzteres herbeizuführen ist eben die internationale sozialistische *Pflicht der Bruderparteien*. Die Erfüllung dieser Pflicht muss aber durch ein Proletariat, das ihnen in kriegerischer Haltung gegenübersteht und

gemeinsame Sache mit seiner Bourgeoisie macht, nur erschwert werden. Dann ist ja dies auch *der alte Gedanke der Internationale*, die schon auf dem Kongress in Stuttgart und dann wieder in Kopenhagen es ausdrücklich als Pflicht jedes Proletariats erklärt hat, falls der Krieg trotz aller Gegenbemühungen doch ausgebrochen sei, die dadurch geschaffene Lage für die Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft zu benutzen. Welche verheerende Wirkung für sozialistisches Denken und Empfinden die Ideologie der Staatsverantwortung, Landesverteidigung und des Neutralitätsschutzes durch ein bürgerliches Heer bereits angerichtet hat, kann man daraus erkennen, dass Genosse Stampfer diesen alten Gedanken der Internationale, den der Entwurf des „Klassenkampf“ übernommen hat, gar nicht mehr als solchen alten Besitz des revolutionären Sozialismus erkennt, sondern ihn als eine neue und gefährliche „Ausnutzungstheorie“ der Leute vom „Klassenkampf“ verhöhnt, die sogar meinen, ein bisschen Krieg wäre gar nichts so Unebenes, um ihn dazu „auszunützen“, den Kapitalismus zu stürzen. Hier kann man wirklich nur sagen: spottet seiner selbst und weiß nicht wie!

So mögen die „Richtlinien“ zwar Linien in die Richtung einer Politik sein, mit der man regierungsfähig bleibt selbst für eine solche Koalition, die von vornherein und sogar mit einer ge- [47] wissen Leidenschaftlichkeit verzichtet, proletarische Forderungen und Bedingungen für die Teilnahme der Partei an der Koalition zu stellen, weil sie Ministergewalt einzelner Sozialisten schon gleichbedeutend hält mit sozialistischer Macht des Proletariats. Diese „Richtlinien“ mögen daher tauglich sein für eine Koalition um jeden Preis, selbst um den Preis der Richtungslosigkeit der Regierung und der Führung der eigenen Partei. Für eine Politik des Proletariats aber, mit der einzigen Richtung, die sie haben darf, mit der Richtung auf den Sozialismus und die soziale Revolution, sind die „Richtlinien“ der Kommission unannehmbar. Der Sturm der Empörung in der Partei gegen die ministerielle Panzerkreuzerbewilligung hat die Diskussion unserer Stellung zum Wehrproblem erzwungen und auf die Tagesordnung des Magdeburger Parteitages gestellt. Hoffen wir, dass die wiedererwachte Demokratie in der Partei stark genug sein wird, die „Richtlinien“ der Richtungslosigkeit nicht nur im Wehrprogramm, sondern in der herrschenden Politik der deutschen Sozialdemokratie überhaupt für immer zu beseitigen.

Jungsozialistische Schriftenreihe

Herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten,
mit Unterstützung von Max Adler, Engelbert Graf und Anna
Siemsen.

In durchsichtiger und anschaulicher Form behandeln Praktiker und
Theoretiker der Arbeiterbewegung die großen brennenden Fragen der
Gegenwart.

Preis pro Heft 0,85RM <Doppelheft 1,60RM>

Es sind bisher erschienen:

Prof. Max Adler: Über psychologische und ethische
„Läuterung“ des Marxismus.

Prof. Max Adler: Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit.

Dr. Alfred Braunthal: Die Entwicklungstendenzen der
kapitalistischen Wirtschaft.

Prof. Calhoun und Horst Berenz: Die amerikanische
Arbeiterbewegung.

Dr. Dora Fabian: Arbeiterschaft und Kolonialpolitik.

Dr. Ernst Fraenkel: Zur Soziologie der Klassenjustiz.

Gr. Engelbert Graf: England am Scheidweg.

Otto Jensen: Der Kampf um die Staatsmacht (Doppelheft).

Franz Lipinski: Die jungsozialistische Bewegung, ihre
Geschichte und ihre Aufgaben.

Prof. Dr. Siegfried Marck: Reformismus und Radikalismus
in der deutschen Sozialdemokratie.

Ernst Reinhard: Abrüstung ... zum neuen Krieg.

Prof. Dr. Anna Siemsen: Politische Kunst und Kunstpolitik.

Dr. Klaus Zweiling: Aufstieg und Niedergang der
kapitalistischen Gesellschaft (Gesellschaftsgeschichtliche
Skizze).

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt von
E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin W 30
Verlangen Sie kostenlos unsere Kataloge